



COMMERZ

**ZUM MITNEHMEN!**  
KOSTENLOS & KEINESFALLS UMSONST

# RandNotizen

Stadtteilzeitung aus dem Schillerkiez

---

Vierte Ausgabe / März 2011

IN ERWÄGUNG UNSERER SCHWÄCHE  
MACHTET IHR GESETZE, DIE UNS KNECHTEN SOLL'N.  
DIE GESETZE SEIEN KÜNFTIG NICHT BEACHTET  
IN ERWÄGUNG, DASS WIR NICHT MEHR KNECHT SEIN WOLL'N.

IN ERWÄGUNG, DASS IHR UNS DANN EBEN  
MIT GEWEHREN UND KANONEN DROHT,  
HABEN WIR BESCHLOSSEN, NUNMEHR SCHLECHTES LEBEN  
MEHR ZU FÜRCHTEN ALS DEN TOD.

IN ERWÄGUNG, DASS WIR HUNGRIG BLEIBEN,  
WENN WIR DULDEN, DASS IHR UNS BESTEHLT,  
WOLLEN WIR MAL FESTSTELL'N, DASS NUR FENSTERSCHEIBEN  
UNS VOM GUTEN BROTE TRENNEN, DAS UNS FEHLT.

IN ERWÄGUNG, DASS DA HÄUSER STEHEN,  
WÄHREND IHR UNS OHNE BLEIBE LASST,  
HABEN WIR BESCHLOSSEN, JETZT DORT EINZUZIEHEN,  
WEIL ES UNS IN UNS'REN LÖCHERN NICHT MEHR PASST.

IN ERWÄGUNG, ES GIBT ZUVIEL KOHLEN,  
WÄHREND ES UNS OHNE KOHLEN FRIERT,  
HABEN WIR BESCHLOSSEN, SIE UNS JETZT ZU HOLEN,  
IN ERWÄGUNG, DASS ES UNS DANN WARM SEIN WIRD.

IN ERWÄGUNG, ES WILL EUCH NICHT GLÜCKEN,  
UNS ZU SCHAFFEN EINEN GUTEN LOHN,  
ÜBERNEHMEN WIR JETZT SELBER DIE FABRIKEN,  
IN ERWÄGUNG, OHNE EUCH REICHT'S FÜR UNS SCHON.

IN ERWÄGUNG, DASS WIR DER REGIERUNG,  
WAS SIE IMMER AUCH VERSPRICHT, NICHT TRAU'N,  
HABEN WIR BESCHLOSSEN, UNTER EIG'NER FÜHRUNG  
UNS EIN GUTES LEBEN AUFZUBAU'N.

IN ERWÄGUNG, IHR HÖRT AUF KANONEN,  
AND'RE SPRACHEN KÖNNT IHR NICHT VERSTEH'N,  
MÜSSEN WIR DANN EBEN, JA DAS WIRD SICH LOHNEN,  
DIE KANONEN AUF EUCH DREH'N.

## Vorwort

### Schwerpunkt: Wohnungsmarktpolitik

Das scheint ein ereignisreiches Jahr zu werden, nicht nur wegen der vielen Wahlen. Passend zur Eröffnung des Wahlkampfjahres wurde das alternative Wohnprojekt Liebigstraße 14 geräumt. Es scheiterte das unsägliche Geschachere um Hartz IV und wir sollen wieder mal an die Wahlurnen gerufen werden. Die drängendsten Probleme bei uns hier im Kiez finden nach wie vor kein Gehör, ganz im Gegenteil, es werden weiter große Luftschlösser gebaut, so z.B. bei der Zukunft des Tempelhofer Feldes. Der „soziale Frieden“ gerät immer mehr in Bedrängnis, bezahlbarer Wohnraum für alle wird immer knapper. Aus aktuellem Anlass haben wir daher einen Blick in die Vergangenheit geworfen (*Stadterneuerung in Berlin*, Seite 15) und uns gefragt, wie konnte es überhaupt zu solchen Zuständen kommen? Bei den kleinsten Aktionen gegen die herrschende Politik wird die Staatsgewalt aufgefahren, wie z. B. bei unserem letzten Kiezspaziergang. Diesen Mißständen oder, wie wir sagen, den alltäglichen Zuständen werden wir uns auch wieder mit unserer neuen Ausgabe widmen.

Beginnen wollen wir mit einem kurzen Bericht zu der recht gut besuchten Veranstaltung gegen steigende Betriebskosten, die wir als Stadtteilgruppe zusammen mit der Berliner Mietergemeinschaft organisiert haben. Die Veranstaltung „Zukunft Tempelhofer Feld“, die vom Quartiersbeirat ausgerichtet wurde (*Von Stuttgart 21 nach Neukölln 21?*, Seite 6), haben wir natürlich auch aufmerksam verfolgt. Ergänzend sind weitere Hinweise zu den aktuellen Planungen zu finden. Passend zum Thema wollen wir wieder einmal auf den immer noch skandalösen, spekulativen Leerstand in der Weisestraße 47 hinweisen. Es ist zu hoffen, dass sich viele Menschen um die dort leerstehenden Wohnungen bemühen. Vielleicht braucht der Herr Conle ja nur mal einen richtigen Anstoß. Auch in dieser Ausgabe gibt es leider genug Anlass sich zu dem peinlichen Auftreten der Parteien, um die sogenannte Hartzreform zu äußern (*Schönes neues Jahr*, Seite 9). Dabei soll auch nicht in Vergessenheit geraten, wem wir überhaupt den ganzen HartzIV-Mist zu verdanken haben. Eigentlich wollten wir uns nicht mehr so viel über das Quartiersmanagement auslassen, aber nach der Vorstellung des Handlungskonzeptes 2011 vom QM konnten wir uns eine konstruktive Kritik an diesem Konzept nicht verkneifen (*Und jährlich grüßt das QM*, Seite 11). Auch zur aktuellen Auseinandersetzung um das Projekt Task Force Okerstraße, die mit dem Rauswurf des Trägers INTEGRA eine neue Wendung genommen hat, wird in dieser Ausgabe Stellung bezogen.

### In eigener Sache

Wir möchten uns an dieser Stelle noch einmal recht herzlich bei dem Stadtteil- und Infoladen „Lunte“ bedanken, dessen Räume wir für die etlichen Treffen der RandNotizen-Gruppe und der Stadtteilinitiative nutzen. Desweiteren fühlen wir uns zwar einerseits geschmeichelt, wenn uns sämtliche Unmutsäußerungen an Häuserwänden hier im Kiez zugeordnet werden, müssen dies aber insofern zurückweisen, als wir nicht nur vermuten, sondern wissen, dass es hier weitaus mehr Aktivisten und Aktivistinnen gibt, die sich für die Entwicklungen in ihrer direkten Umgebung interessieren als die Mitglieder der Stadtteilinitiative.

### Eure RandNotizen

Erreichen könnt ihr uns unter [nk44.blogspot.de/](http://nk44.blogspot.de/) oder unter [smashtaskforce@freenet.de](mailto:smashtaskforce@freenet.de)

ViSdP: Frieda Karlon, Weisestraße 12, 12049 Berlin

## Inhaltsverzeichnis

- 05 Betriebskosten steigen!**  
und nehmen absurde Verhältnisse an
- 06 Von Stuttgart 21 nach Neukölln 21?**  
Über die Zukunft des Tempelhofer Feldes und Neuköllns
- + Die Bebauungsplanungen für das Tempelhofer Feld**
- 08 Spekulativer Leerstand**  
Die Weisestraß 47 steht schon ewig leer und hier gibt es keine Wohnungen mehr für Hartz IV-Bezieher
- 09 Schönes neues Jahr**  
Das Sparpaket der Bundesregierung sieht im wesentlichen Kürzungen im Sozialbereich vor
- 11 Und jährlich grüßt das QM**  
Ein kritischer Blick auf das Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept 2011
- 14 Task Force in Wort und Tat**  
Spitzelaufträge nicht erfüllt ...  
dann kam die fristlose Kündigung.
- 15 Stadterneuerung in Berlin**  
Von der Immobilienspekulation zum Staatsdirigismus und zurück
- 19 Wohnungspolitik, Parteien und Wahlkampf**  
Und alle vier Jahr tun wir so als ob wir täten
- 22 Kurz & Knackig!**  
Der nackte Wahnsinn vor der Haustür
- 24 Demnächst deinem Stadtteil**  
Aktuelle Termine und Ankündigungen für und aus dem Schillerkiez
- 25 Dear students, artists & travelers**  
Whatever you do, don't pay too much rent!



## Betriebskosten steigen!

### Nachzahlungen von 500 bis 2000 Euro sind absurde Zustände

Am Mittwoch, den 12. Januar 2011 fand in der Genezarethkirche die von der Stadtteilinitiative Schillerkiez und der Berliner Mietergemeinschaft initiierte Veranstaltung zur Betriebskostenabrechnung statt. Es kamen mehr als erwartet und über 70 Menschen drängten sich im Veranstaltungsraum und seinem Vorraum. Am Anfang informierte die Initiative kurz über ihre Entstehungsgeschichte, die Stadtteilversammlungen und die Zeitung Randnotizen.

Rechtsanwältin Ewa Gill referierte etwa 45 Minuten über die wichtigsten Punkte, die bei der Betriebskostenabrechnung zu beachten sind. Das lässt sich hier leider nicht in wenigen Sätzen wiedergeben. Auf der Website der Berliner Mietergemeinschaft sind die wichtigsten Punkte nachzulesen: [www.bmgev.de/betriebskosten/index.html](http://www.bmgev.de/betriebskosten/index.html).

Ein Informationsflyer ist auch als PDF-Dokument zum Download verfügbar: [www.bmgev.de/files/Betriebskostenabrechnung-2006.pdf](http://www.bmgev.de/files/Betriebskostenabrechnung-2006.pdf).

Bei der anschließenden Fragerunde war zu erfahren, dass von Mietern aus einigen Häusern Nachzahlungen der Betriebskosten in Höhe von 500 bis 2000 Euro verlangt werden. Dabei handelt es sich meistens um Häuser, die verkauft worden sind und deren neue Eigentümer (überwiegend Immobiliengesellschaften) hier nun abkassieren wollen. Eine Kontrolle der Abrechnung durch Beratungsstellen und Anwälte dringend notwendig. Bei einer Nachprüfung kann allerdings auch eine rein formale Kor-

rektheit der Betriebskostenabrechnung herauskommen. Deshalb ist die rein rechtliche Seite nur ein Aspekt der Angelegenheit. Joachim Oellerich von der Berliner Mietergemeinschaft wies auf die politische Seite hin: die Nicht-Existenz einer Wohnungspolitik des herrschenden Senats, die zunehmende Verknappung billigen Wohnraums, die steigenden Mieten gerade kleinerer Wohnungen, die immer mehr nachgefragt werden und die zunehmende Verdrängung von Anwohnern aus sog. Szene-Kiezen wie auch jetzt dem Schillerkiez. Er betonte die Notwendigkeit des gegenseitigen Austauschs der Nachbarn und den Sinn von Hausversammlungen, damit die Mieter eines Hauses nicht vereinzelt den Hausverwaltungen und Eigentümern gegenüberstehen. ■

Deshalb hier auch der Hinweis auf den Bürotermin der Stadtteilinitiative Schillerkiez:

Jeden Dienstag zwischen 16 und 18 Uhr  
im Info- & Stadteilladen Lunte, Weisestraße 53,  
T: 622 32 34

Dieser Termin dient als Anlaufpunkt für Anfragen, dem nachbarschaftlichen Informationsaustausch & vielem mehr.

Stadtteilinitiative Schillerkiez  
**BERLINER MIETER GEMEINSCHAFT E.V.**

## Zukunft Tempelhofer Feld

### Von Stuttgart 21 nach Neukölln 21?

So hätte der Titel der Diskussion auch lauten können, die am 1. Dezember letzten Jahres in der Genezareth-Kirche auf dem Herrfurthplatz stattfand. Denn den anwesenden Amtsvertretern und Sprechern ausführender Firmen war die Angst vor einer unkontrollierten Protestbewegung der Bürger deutlich anzumerken.

#### Monolog statt Dialog

Für den Senat sprachen Regula Lüscher, Senatsbaudirektorin, und Manfred Kühne, Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Als Firmenvertreter nahm Christoph Schmidt teil, Geschäftsführer der Grün Berlin GmbH, die mit der Realisierung der „Internationalen Gartenschau“ (IGA) 2017 beauftragt wurde. Für die Planung der „Pionierflächen“ ist die Adlershof GmbH verantwortlich, für die ihr Geschäftsführer Hardy R. Schmitz auftrat. Hinzu kam Thomas Blesing, SPD-Baustadtrat in Neukölln.

Aber nicht nur das Beispiel des fernen Stuttgart leuchtete ins heimische Neukölln hinüber. Die Veranstaltung hatte auch den Charakter eines interkulturellen Dialogs. Es waren nicht die mangelnden Sprachkompetenzen, die dem Dialog von Amt und Mensch entgegenstanden. Vielmehr redeten hier Amtsträger in gebügeltem Amts- und PR-Deutsch auf die Einwohner ein, sichtlich im Bemühen, Konfliktstoff herunterzuspielen und Bedenken zu beschwichtigen.

In ihren langen und breiten Ausführungen zum Stand der Planung zum Tempelhofer Feld von Regula Lüscher etwa. Was der Senat so alles entscheiden wolle (und noch nicht habe), wie sehr man die benachbarten Viertel „integrieren“ wolle. In der Substanz hatte sie aber wenig zu bieten. Zur Bebauung meinte sie, dass man dadurch die bestehende Nachbarschaft „ergänzen“ möchte. Luxuswohnungen würden nicht gebaut, erwähnte sie mehrfach, sagte aber nicht, was sie damit meinte. Insgesamt sollten 3000 Wohnungen entstehen. Ein „Kostenfinanzierungsplan“ werde im Moment erarbeitet. Aus dem Verkauf der Grundstücke solle auch der Bau der Infrastruktur bezahlt werden. Mit diesem Plan sei man ca. Mitte 2011 fertig. Auf dieser Grundlage werde ein Flächennutzungsplan entwickelt, für die Bauprojekte gebe es dann noch Bebauungspläne. Das ganze Verfahren wäre so etwa um das Jahr 2020 abgeschlossen. Für

den neuen Stadtteil an der Oderstraße sei ein „Geschosswohnungsbau“ vorgesehen, keine Ein- oder Zweifamilienhäuser, insgesamt für nicht mehr als 3000 zusätzliche Einwohner – also wenige im Vergleich zum Schillerkiez.

Baustadtrat Blesing ergänzte hierzu, dass es sich bei der fraglichen Fläche um 27 Hektar entlang der Oderstraße handele, mit einem gewissen Abstand zu dieser. Abgesehen davon, brauche der Bezirk zusätzliche Flächen für den benachbarten islamischen Friedhof und für Infrastruktur, Sportflächen für Schulen etwa. Auch er sprach von einer „aufgelockerten Bebauung insbesondere mit bezahlbarem Wohnungsbau“. Auch er mochte sich aber nicht konkreter ausdrücken. Den Bau könnten etwa die Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften übernehmen, ebenso Baugruppen.

Regula Lüscher: „Es ist natürlich klar, dass ein Neubau niemals im Preis konkurrieren kann gegenüber dem Bestandsbau.“ (Weil die Kredite für den Bau abbezahlt werden müssen. Die aber treiben die Kosten in die Höhe und sorgen dafür, dass „bezahlbar“ für die meisten Menschen „unbezahlbar“ wird.) „Der Park wertet ihre Wohnung sicherlich auf“, ergänzte Regula Lüscher.

Das wiederum war für eine Anwohnerin das Stichwort, die lautstark einwandte „ich werde nur in der Miete aufgewertet“. Derzeit leide sie unter Lärm und Vermüllung in der Oderstraße. Der Neubau der Wohnungen werde auch Druck vom Wohnungsmarkt wegnehmen, fügte Frau Lüscher hinzu. Es gebe zudem Vorstöße, dass in Berlin wieder ein geförderter Wohnungsbau stattfinden solle. Einen Einfluss könne man aber nur bei den Grundstückskosten nehmen. Manfred Kühne führte dazu aus, dass die Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2011 einige politische Grundsatzentscheidungen im Wohnungsbau mit sich bringen würden ...

Die Diskussion lief sich aber an dieser Stelle fest. Immerhin hat die Politik offenbar von der Realität, dass im Wohnungsbau etwas geschehen muss, endlich Kenntnis genommen. Allein: Es fehlt an Konsequenzen.

Zum Stand der Planung zur IGA gab es außer viel Blabla wenig neues. Bisher habe man auf dem Tempelhofer Feld 1 Mio. Besucher gezählt. Man wolle keine „Blumenschau“. Die Fläche befinde sich im nördlichen Bereich, am Colum-

biadamm und im Bereich der „Picknickfläche“. 80 Hektar sollten eingezäunt werden, der Eintritt werde für die IGA bei 6 bis 7 Euro liegen. Die derzeitigen „Pionierflächen“ wolle man in die Parkgestaltung mit einbeziehen.

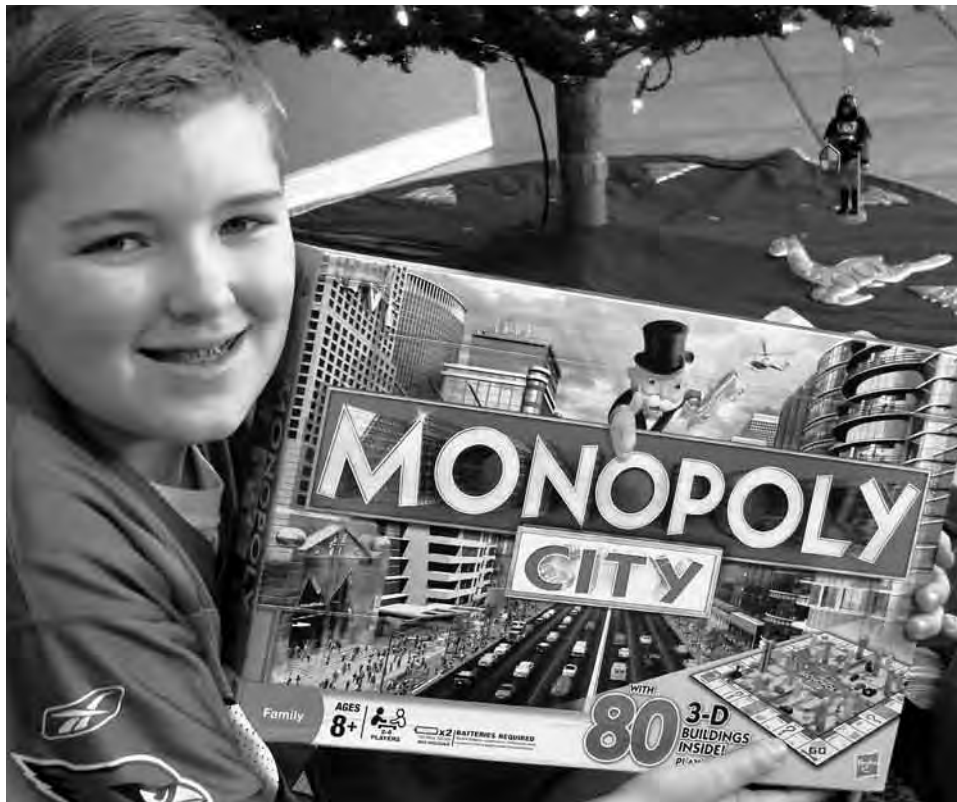
### Die Interessen der Bevölkerung

„Am Besten ist, wenn Sie gar nichts machen“, wandte ein Anwohner unter Beifall des Publikums ein. Die Fläche sollte so bleiben, wie sie ist, meinte ein anderer.

Eine unkontrollierte Brachfläche zum freien Austoben anarchistischer Bedürfnisse ist aber nicht unbedingt im (existenziellen) Interesse derer, die von Bau und Verwaltung ordentlich betriebener Parkanlagen leben. Von wichtigen Planungsarbeiten ebenso abgesehen, wie von der Begehrlichkeit für Investoren. ↓

bauen wollen, die trotzdem innerstädtisch gelegen sind. Sozusagen als Quadratur des Kreises. Die wären dann sicherlich auch bereit, sich diesen Luxus etwas kosten zu lassen. Diese Bauanlagen könnten als solche auch am Stadtrand stehen und es gibt sie dort auch. Aber denen würde etwas fehlen. Es fehlt die Stadt.

„Diese Veranstaltung ist ein Schritt, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen“, sagte Regula Lüscher mehrfach. Da wird man aber noch zulegen müssen, bis diese Aussage Substanz gewinnt. Immerhin ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Während der Veranstaltung selbst kamen weit überwiegend Amtsträger und Sprecher von ausführenden Firmen zu Wort. Ein wirklicher Dialog müsste anders aussehen, nämlich gleichwertiger. Kritiker der Senatspläne saßen nicht auf dem Podium, es gibt sie aber durchaus, auch unter den Parteien. Die Moderatoren hatten sich mit dieser Podiumsbesetzung selbst in die Rolle manövriert, nicht



Schöne Bescherung!?

Man kann die Sache auch so auf den Punkt bringen: Wie so oft in der kapitalistischen Gesellschaft zeigt sich hier ein Interessenkonflikt. Auf der einen Seite stehen die Bewohner der immer noch unterversorgten Altbauquartiere von Neukölln, Kreuzberg, Friedrichshain und anderswo. Für die ist die Freifläche Tempelhofer Feld kein Luxus, sondern ein wichtiger Ort für das Bedürfnis Erholung. Demgegenüber stehen die Verwertungsinteressen von „Investoren“, die für ihre Mieter großzügige Wohnanlagen im Grünen

nur die Diskussion organisieren zu müssen, sondern auch noch zwischen Podium und Publikum vermitteln zu müssen. Das taten sie nicht immer mit dem nötigen Fingerspitzengefühl. Der wichtigste Kritikpunkt: Den Fragen aus dem Publikum wurde nur ein geringer Raum eingeräumt, die meisten blieben unbeantwortet. —

## Die Planungen für das Tempelhofer Feld

Das Berliner Abgeordnetenhaus beschloss am 9.12.2010 die endgültige Gründung des Entwicklungsträgers für das Tempelhofer Feld. Seit Januar 2011 ist die Adlershof Projekt GmbH mit 23 Stellen und 42 Millionen Euro bis 2020 zuständig für die Zukunft von Gelände und Gebäude. Einem Artikel der *Berliner Morgenpost* vom 26. Dezember 2010 sind weitere Informationen zu entnehmen. Danach gibt es für den Nordrand im Bereich Columbiadamm schon Gespräche mit einem Betreiber eines Zentrums für Prävention und Wellness. Für das geplante Gewerbegebiet im Süden entlang der S-Bahntrasse und der Autobahn hat sich schon ein Interessent gemeldet. Die Firma Jonas & Redmann, die in Moabit mit 650 Mitarbeitern Maschinen für Solaranlagen fertigt, würde gerne auf das Tempelhofer Feld umziehen. Allerdings wird mit Grundstücksverkäufen hier erst ab 2013 zu rechnen sein.

Als problematisch wird die geplante Bebauung an der Oderstraße angesehen. Der entsprechende Absatz aus der *Berliner Morgenpost* vom 26. 12. 2010:

„Die Wohngebäude, die im Osten auf der Neuköllner Seite des Geländes entstehen sollen, sind die politisch heikelste Aufgabe für die Projektgesellschaft. Man müsse dem dortigen ‚Verwertungsdruck standhalten‘. Viele Investoren hätten die gute Lage bereits erkannt und drängten auf zügige Entwicklung und Ausweisung von Baugrundstücken. Vor 2020 werde sich dort jedoch nichts bewegen. Zwar sei es möglich, dort schnell teure Wohnungen zu errichten. Aber der Senat wolle in dem angrenzenden Wohnquartier, das ein sozial schwacher Kiez ist, steigende Mieten und eine Verdrängung der angestammten Bevölkerung möglichst verhindern. Darum erwäge man, nicht nur eine Schule ‚für die Kinder aus dem Kiez‘ zu bauen, sondern später auch Häuser für Mieten ‚unter 9,50 Euro‘ pro Quadratmeter. ‚Der Wohnungsbauf, sagt Steindorf, ‚ist die härteste Nuss.‘“ –



## Spekulativer Leerstand

Das Haus in der Weisestraße 47 gehört Henning Conle, einem über mehrere Jahre bundesweit bekannten Immobilienspekulanten. Er trieb zuerst sein Unwesen in Duisburg, war dann in den 90er Jahren in Hamburg aktiv, wo ihm mindestens 2500 Wohnungen gehörten. Der Hamburger Mieterverein kann über den Umgang von Henning Conle mit seinen Mietern mehrere Aktenordner füllen.

Nun hat Herr Conle auch in Berlin ein oder mehrere Häuser. Zum ersten mal negativ aufgefallen ist er bei dem Versuch, im Jahre 2005 das ehemalige Metropol am Nollendorfplatz in die Luxusdisco Goya zu verwandeln. Nach der Pleite des Goyas ermittelte die Staatsanwaltschaft.

Das Haus steht seit Jahren fast komplett leer, nur im Hinterhaus sind noch drei Wohnungen vermietet – sehr günstig wegen Ofenheizung und Toiletten im Treppenhaus. Vor zwei Jahren wurde das Haus zum Verkauf angeboten. Im Verkaufsprospekt ist zu lesen, dass es zum Zwecke der Sanierung umfänglich entmietet wurde. Im letzten Jahr versuchte ein alternatives Hausprojekt das Haus zu erwerben. Sie haben dann eine Weile mit Conle verhandelt, wurden aber immer wieder hingehalten.

Im April 2010 wurde ihnen mitgeteilt, dass das Haus nun doch nicht an sie zu verkaufen weil es vom Besitzer selbst saniert wird. Was damit passieren soll, steht in den Sternen. Der Besitzer will wohl abwarten, bis er das Haus zum Höchstpreis verkaufen kann. Es wird weiterhin regelmäßig das Vorderhaus gereinigt obwohl dort niemand wohnt, auch wurden neue Schlösser in die Wohnungen im Vorderhaus eingebaut. Wahrscheinlich soll damit verhindert werden, dass jemand auf die Idee kommt, schon mal einzuziehen. –

Wir verlangen die sofortige Nutzung der leer stehenden Wohnungen für Hartz IV-Bezieher, die hier kaum noch eine Wohnung finden.

Wohnraum für Alle statt spekulativem Leerstand!  
Rückt die Wohnungen raus, sonst nehmen wir sie uns!





## FRAU BUNDESKANZLERIN

**Einem nackten Mann können Sie nicht in die Tasche fassen !**

### Schönes neues Jahr

**Das Sparpaket der Bundesregierung sieht im Wesentlichen Kürzungen im Sozialbereich vor**

#### Im Gesundheitsbereich

Das neue Jahr beginnt mit einigen Überraschungen. Wir wünschen daher den LeserInnen der *RandNotizen* Gesundheit, denn wer in diesen Zeiten krank wird, erlebt ein böses Erwachen. Der Arbeitgeberanteil bei der Krankenversicherung wird bei 7,3% eingefroren. Die Gesundheitskosten werden garantiert steigen und die ArbeitnehmerInnen dürfen zahlen. Die Krankenkassen können Zusatzbeiträge fordern, die sie unabhängig vom Einkommen berechnen. Allein der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK), die Zusatzbeiträge verlangte, kehrten 2010 rund 460 000 Versicherte den Rücken. Der Millionär zahlt so viel wie die Niedriglöhnerin. FDP und CDU ist damit ohne große öffentliche Aufmerksamkeit der Einstieg in das Kopfpauschalensystem gelungen, was ein grundsätzlicher Systemwechsel weg von der solidarischen Krankenversicherung ist, die 1883 eingeführt wurde. Merkel und Rösler wollen aber noch weiter, nämlich zu einem privatisierten Gesundheitswesen, wo nur noch eine lebenserhaltende Basisversorgung garantiert ist.

#### Bei Eltern und ihren Kindern

Alles Gute wünschen wir auch Eltern und ihren Kindern. 275 000 Menschen sind von der Kürzung des Elterngeldes betroffen, davon 80 000 Hartz IV-BezieherInnen, die überhaupt kein Elterngeld mehr bekommen. Weitere 195 000 Personen sind von der Absenkung der Lohnersatzquote

beim Elterngeld von 67 auf bis zu 65% betroffen, sie sollten aber Widerspruch einlegen, was Nachzahlungen ermöglicht, falls das Bundessozialgericht oder -verfassungsgericht die Anrechnung später für rechtswidrig erklärt.

Es ist wohl nicht erwünscht, dass Arme Kinder bekommen, schon lange wird gegen die „Unterschicht“ gehetzt. Nun sollen Hartz IV-Kinder ein Bildungspaket erhalten, das rückwirkend zum 1. 1. 2011 bewilligt werden soll. Daher schon jetzt einen Antrag stellen! Ein Antragsformular „auf Leistungen für Bildung und Teilhabe“ findet sich auf der Internetseite der Arbeitsagentur ([www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)). Allerdings sind diese Leistungen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es sollen ein warmes Mittagessen und eintägige Klassenfahrten finanziert werden. Zudem gibt es ein Schulbasispaket (70 Euro zum 1. 8. 2010, 30 Euro zum 1. 2. 2011 für den Schulbedarf). Daneben soll ein Gutschein von 10 Euro im Monat verteilt werden. Was zum Teufel kann man mit 10 Euro pro Monat und Kind anfangen? 45 Minuten Musikunterricht in der Woche kosten in Berlin 21 Euro im Monat, dazu kommen noch die Leihgebühren für das Instrument. Auf dem Lande stehen zusätzlich noch Fahrtkosten an. Mit diesen 10 Euro lässt sich kaum etwas machen, aber die Umsetzung wird aufwändig. Der Verwaltungsaufwand ist enorm, so werden fast ein Fünftel des Volumens des Bildungspaketes für Verwaltungskosten ausgegeben. Die Arbeits- und Sozialministerin von der Leyen (CDU) wirbelt für heiße Luft – das Bildungspaket reicht vorne und hinten nicht.

...

## Bei Hartz IV-BezieherInnen und NiedriglöhnerInnen

Hungern fürs und im Alter sollen alle Einkommensschwachen. Nicht nur die Kinder der Armen haben zu leiden, Hartz IV-BezieherInnen steht auch eine enorme Altersarmut bevor. Mit dem 1.1.2011 wurde die Rentenversicherungspflicht im SGB II abgeschafft, das heißt es werden für Langzeitarbeitslose keine Rentenversicherungsbeiträge mehr eingezahlt. Aber auch Niedriglöhne und Rentenkürzungen führen in den kommenden Jahren zu Altersarmut. Immer mehr RentnerInnen werden im Alter auf Grundsicherung angewiesen sein. Während den Banken das Geld in den Rachen geworfen wird, spart die Politik bei den Armen. So wurde auch der „Armutsgewöhnungszuschlag“ beim Übergang vom ALG I zum ALG II schon zum 1.1.2011 abgeschafft. Ebenso wird das Wohngeld für Einkommensarme durch die Herausnahme der Heizkostenkomponente gekürzt. Damit beinhaltet das Sparpaket – Haushaltsbegleitungsgesetz genannt – zu fast 40% Kürzungen im Sozialbereich.

### **Kürzen können sie schon, auf die Erhöhungen warten wir noch**

Über den Hartz IV-Regelsatz und das Bildungspaket wird noch im Vermittlungsausschuss verhandelt, das Beschlossene soll dann rückwirkend zum 1.1.2011 in Kraft treten. Ein Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 9.2.2010 hatte das Berechnungsverfahren des Regelsatzes kritisiert, nicht aber die Höhe. So wurde der Regelsatz von der Bundesregierung neu berechnet, mit dem grandiosen Ergebnis einer Erhöhung um 5 Euro. Das sind dann 364 Euro Hartz IV-Regelsatz, was nicht zu einem menschenwürdigen Leben reicht. Da die SPD in Wahlkampfzeiten wieder ihre soziale Ader entdeckt hat, wird weiter über die Berechnungsmethode gestritten, können so ja vielleicht doch noch ein paar Euro mehr werden. Auch um das so großzügige Bildungspaket für Hartz IV wird noch weiter gestritten. (Weitere Infos: <http://www.regelsatzerhoehung-jetzt.org/>). Wir sollten bei aller Hoffnung nicht vergessen, dass uns Rot-Grün erst die ganze Hartz IV-Malesche eingebrockt hat.

Von der Öffentlichkeit unbemerkt sollen außerdem die Sanktionsregeln verschärft werden, darüber muss nicht mehr verhandelt werden. Bestraft werden soll künftig die Verletzung von Pflichten, die in einem Verwaltungsakt vorgeschrieben wurden, der Folge des Nicht-Zustandekommens einer Eingliederungsvereinbarung war. Eine schriftliche Belehrung über die Rechtsfolgen eines Verstoßes soll künftig nicht mehr erforderlich sein. Für das Aussprechen einer Sanktion soll das Jobcenter künftig sechs Monate (statt bisher drei Monate) Zeit haben. (Weitere Infos: <http://www.sanktionsmoratorium.de/>)

## Die Bürgerarbeit

Als neuer Arbeitsdienst befürchtet, läuft die Bürgerarbeit schleppend an. Menschen mit „multiplen Vermittlungshemmnissen“ sollen in den Genuss dieser Form von Arbeit kommen. In Modellprojekten hat sich aber gezeigt, dass es gerade die „arbeitsmarktnahen“ Personen waren, die ausgewählt wurden.

Der Neuköllner Jobcenterchef Tack führte aus, dass 1000 Plätze für Neukölln beantragt und bewilligt worden wären. Allerdings laufe das Projekt frühestens am 1. April an. Aufgrund der vorgeschalteten Stufen sei ein Vorlauf von 6 Monaten nötig. Dazu müssen 3000 „Bewerber aktiviert werden“ – die dann die bekannten Stufen durchlaufen. Am Ende würden 1000 ausgewählt und eingesetzt. Die Aktivierungsphase zur Bürgerarbeit umfasst vier Stufen: Profiling, Vermittlung, Qualifizierung und schließlich Bürgerarbeit als letztes Mittel. Das Institut Zukunft der Arbeit (IZA) spricht aus, was bezweckt ist: „Generell gilt, dass Workfare in einem abgestuften Aktivierungsmodell nur in begrenztem Umfang tatsächlich eingesetzt werden muss, um die Drohung mit der wahrscheinlichen Heranziehung zu einer Aktivierungsmaßnahme für alle Transferbezieher glaubwürdig zu halten. Das Prinzip des Workfare zielt darauf ab, durch die Verpflichtung zu einer Gegenleistung für den Bezug von Transferleistungen möglichst viele Transferbezieher dazu zu bringen, eine unsubventionierte Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt anzunehmen.“ Für jene, „die nicht die Produktivität erreichen, die notwendig ist, ist eine dauerhafte öffentliche Beschäftigung erforderlich. Je höher die Entlohnung im öffentlich finanzierten Job, umso geringer der mobilisierende und aktivierende Effekt in Richtung des regulären, unsubventionierten Arbeitsmarktes.“ (*IZA Research Report No.18*)

Mit Aktivierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen zum Niedriglohn wollen sie möglichst viele Menschen in den Niedriglohnsektor („regulärer“ Arbeitsmarkt) drücken. Das IZA meint, dass auf das „Prinzip der Gegenleistung für den Bezug eines Sozialtransfers in der Argumentation offensiv aufgebaut werden kann“. Lassen wir uns als Lohnabhängige – mit oder ohne Lohnarbeit – nicht spalten! Die AG Beschäftigungsindustrie will die Entwicklung in Neukölln kritisch beobachten und ist an Erfahrungsberichten interessiert. Wo verlaufen die neuen Bruchlinien in der Bürgerarbeit, wo und wie gehen die Menschen damit um und wie ist Widerstand möglich? –

**Erwerbslosentreff** (siehe Flyer auf Seite 21):

**maiworm@gmx.de**

**oder Mittwochs zwischen 12 & 15 Uhr unter 622 32 34**

Wo man sich organisieren kann und Tipps für Erwerbslose in Berlin: <http://www.teilhabe-berlin.de/aktuelles.html>

## Und jährlich grüßt das QM

### Ein kritischer Blick auf das Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept 2011

In dem kürzlich vom Quartiersmanagement Schillerpromenade (QM) veröffentlichten Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzept 2011, das sowohl eine Bilanz aus dem Jahr 2010 zieht als auch Vorhaben für das Jahr 2011 nennt, werden eine Reihe scheinbar erfolgreicher oder zumindest erfolgversprechender Projekte vorgestellt. Das QM ist offensichtlich mit sich selbst und der eigenen Arbeit zufrieden, auch wenn meist nicht konkret zu erkennen ist, wie es sich genau an den einzelnen Projekten beteiligt. Auch wird aus dem Konzeptpapier oft nicht ausreichend klar, was genau der Inhalt bestimmter Projekte war oder ist und was mit diesen tatsächlich erreicht wurde. Die Projektbeschreibungen bedienen sich deshalb eher Schlagwörtern, durch die wir von Projekten wie Innenhofbegrünung, Krimiwettkämpfen, kostenlosem Boxtraining für Jugendliche und dem Versuch der „Integration“ arbeitsloser Menschen in den Arbeitsmarkt erfahren.

Es stellt sich die Frage, was mit den im Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzept 2011 vorgestellten Projekten erreicht werden soll. Viele dieser Projekte sind nicht grundsätzlich schlecht oder ablehnenswert. Die Probleme im Schillerkiez, die von Armut über Rassismus und Diskriminierung auf unterschiedlichen Ebenen bis hin zu Verdrängungsprozessen reichen, lassen sich jedoch nicht durch Hofbegrünung, Boxtraining und Krimiwettkämpfe lösen. Die vorgestellten Projekte scheinen deshalb bestenfalls der Symptomlinderung zu dienen. Sie tragen, und dies wird auch als erklärtes Ziel im Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzept 2011 deutlich, höchstens zur Stabilisierung der Situation und des Kiezes bei. Das heißt zum einen, dass die Symptome oder Zeichen, die auf Probleme wie Armut und Diskriminierung hindeuten, reduziert bzw. beseitigt werden sollen, um so die tatsächlichen Probleme zu vertuschen. Diese sind als Konsequenz dann viel schwieriger zu benennen und anzugreifen. Gleichzei-

tig werden damit soziale Missstände erträglicher gestaltet und aufrecht erhalten. Ich möchte auf drei Beispiele eingehen um, dies deutlich zu machen.

#### Ein Hoch auf die Lohnarbeit

Zu Beginn des QM Berichtes werden unterschiedliche Projekte genannt, die sogenannten Langzeitarbeitslosen und Neuköllner Schüler\_innen die Integration in das Berufs- und Arbeitsleben erleichtern sollen. Das QM geht davon aus, dass Langzeitarbeitslosen bzw. Neuköllner Schüler\_innen durch eine bessere Qualifikation und Betreuung mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt offen stehen. Dieser Gedanke und die damit zusammenhängenden Lösungsansätze ist zwar nicht komplett falsch, jedoch eher verkürzt und aus unterschiedlichen Perspektiven problematisch. Bei den Vorstellungen des QM hinsichtlich Lohnarbeit und Arbeitslosigkeit scheint die Vermittlung in Lohnarbeitsverhältnisse der Fokus zu sein. Lohnarbeit ist der gewünschte und anzustrebende Zustand, wohingegen Arbeitslosigkeit und in diesem Zusammenhang besonders arbeitslose oder nicht im regulären Lohnarbeitssektor beschäftigte Menschen als unliebsam und stigmatisiert gelten. Der Fokus auf Qualifizierungsmaßnahmen impliziert und bestätigt weiterhin den Mythos, dass alle Menschen Arbeit finden können, wenn sie nur wollen und qualifiziert wären. Damit wird Arbeitslosigkeit zu einem individuellen Problem gemacht, dessen Ursache nicht ausreichend qualifizierte und nicht ausreichend arbeitswillige Einzelpersonen sind. Wirtschaftliche und politische Strukturen, die Arbeitslosigkeit verursachen, werden ausgeklammert. Vor diesem Hintergrund wird beispielsweise die berechtigte Weigerung, sich in repressive und schlecht bezahlte Lohnarbeitsverhältnisse zu begeben nicht als legitimer Erklärungsansatz mitgedacht. Es scheint lediglich darum zu gehen ...

Arbeitslosigkeit statistisch zu reduzieren, indem arbeitslose Menschen in Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden. Die Diskussion darüber, wie Arbeit sozial gerecht und sinnvoll gestaltet werden kann, wird nicht geführt. Der Grund dafür, dass die Vermittlung von Menschen in zum Teil ausbeuterische Lohnarbeitsverhältnisse dennoch als Erfolg gilt, hat wohl nicht nur mit dem Ziel der statistischen Reduzierung von Arbeitslosenzahlen zu tun. Lohnarbeit sowie darauf ausgerichtete Qualifizierungsmaßnahmen sind auch immer Kontrollmittel und -mechanismus. Sie sollen den Alltag strukturieren und kontrollieren sowie die Menschen nutzbar machen. Weiterhin sollen durch die Fokussierung auf und die Vermittlung in Lohnarbeitsverhältnisse, Wirtschafts- und Arbeitszweige, auf die der Staat keinen Zugriff hat, die er nicht kontrollieren und von denen er nicht profitieren kann, unterbunden werden. Es bleibt also fraglich, ob die Vermittlung in Lohnarbeitsverhältnisse, falls sie denn durch die angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen überhaupt gelingt, einen Ausweg aus Armut und sozialer sowie wirtschaftlicher Benachteiligung darstellen kann, wenn die Struktur der Lohnarbeit und die Bedingungen, unter denen gearbeitet wird, nicht diskutiert und kritisiert werden.

### Schafft Schule Perspektive?

Als weiterer Schwerpunkt werden Projekte rund um Schule und Bildung vorgestellt. Die Projekte „Schule schafft Perspektive“ und „Bildungsoffensive-Elternschule“ an der Karl-Weise-Grundschule sind Beispiele dafür. Beide Projekte stellen die Elternarbeit, beim zweiten Beispiel speziell das Aufsuchen von Eltern „schuldistanzierter oder stark verhaltensauffälliger Kinder“, in den Mittelpunkt. Damit sollen die Schüler\_innen über ihre Eltern erreicht werden, um ihre Beschulung sicher zu stellen. Diese Herangehensweise, selbst wenn sie erfolgreich wäre, kratzt jedoch nur an der Oberfläche des eigentlichen Problems, denn Schule schafft in ihrer momentanen Ausrichtung und Funktionsweise nur Perspektiven für einen gewissen Teil der Schüler\_innen. Sie ist in ihrer Struktur zugeschnitten auf Schüler\_innen, die deutsch als Erstsprache sprechen und aus bildungsnahen Haushalten kommen. Die Aufgabe der Schule ist deshalb nicht die Ermöglichung von Bildungschancen und Wissenszuwachs für alle. Ihre grundlegende Struktur und Arbeit besteht darin, eine gewisse Anzahl von Bildungschancen zu verteilen, d.h. die Schüler\_innen zu selektieren: den einen eine Perspektive zu ermöglichen, die den anderen vorenthalten wird. Beispiele wie das der Lehrerin Sabine Czerny aus Bayern, die zwangsversetzt wurde, weil sie nicht das volle Notenspektrum ausschöpfte, d.h. weil sie guten Unterricht machte, die Schüler\_innen den Stoff verstanden und alle gute Noten schrieben, zeigen, dass die Schule als Institution eben nicht will, dass alle

Schüler\_innen gut sind und die selben Chancen haben. Um sicher zu stellen, dass Bildung allen gleichermaßen zukommen kann und Schule nicht mehr hauptsächlich als Selektionsinstrument dient, wäre wohl eher eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage „Schafft Schule Perspektive?“ angebracht.

### Gesundheitsversorgung in einem kranken System

Als letztes Beispiel soll noch mal ein Blick auf einen Aspekt der *Task Force Okerstraße* geworfen werden. Das QM berichtet, dass es im Rahmen der Gesundheitsförderung gemeinsam mit dem Gesundheitsamt bemüht war, die „Fürsorge und vorsorgliche Maßnahmen für Familien und deren Kinder zu sichern, die offensichtlich ohne Krankenversicherung nach Deutschland eingereist sind und ohne eine gesundheitliche Versorgung auskommen müssen.“ Als Ziel für die Zukunft innerhalb des Bereiches Gesundheitsförderung formuliert das QM eine verstärkte Elternarbeit sowie Aufklärung über beispielsweise gesunde Ernährung. Das QM stellt damit zwar fest, dass es Menschen gibt, die in Berlin leben und denen der Zugang zur medizinischen Versorgung vorenthalten wird, übt aber in keinem einzigen Satz eine Kritik an dem sozialpolitischen System, das für diesen Zustand verantwortlich ist. Natürlich ist es zu begrüßen, dass in dieser Situation eine erste Abhilfe ermöglicht wurde. Diese kann jedoch nicht als Erfolg bezeichnet werden, wenn nicht gleichzeitig das System, das diese Situation hervorbringt aufs Schärfste verurteilt und bekämpft wird. Als zukünftiges Ziel für diesen Bereich sollte deshalb eher die rechtliche Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung gelten.

### Aufwertung und Verdrängung

Alle drei Beispiele machen deutlich, dass von Seiten des QM keine Kritik an den bestehenden Problemen auf politischer Ebene zu erwarten ist. Im Gegenteil, durch das QM findet eine komplette Entpolitisierung der Diskussion um die Probleme im Schillerkiez statt. Gleichzeitig werden die Probleme personalisiert, d.h. den Menschen selbst wird die Schuld an ihrer von den vorherrschenden Strukturen geschaffenen benachteiligten Stellung gegeben.

Während das QM die Diskussion um die Problemlagen im Schillerkiez entpolitisiert, ist es gleichzeitig eines der zentralen politischen Akteure der Umstrukturierung des Kiezes. Innerhalb dieses Prozesses erfüllt das QM, wie oben beschrieben, die Aufgabe der Problematisierung und Stigmatisierung bestimmter Bewohner\_innengruppen und der Stabilisierung der Situation im Kiez. Es leistet somit einen Beitrag zur Vorbereitung von Aufwertungs- und

Verdrängungsprozessen. Probleme und problematisierte Menschen sollen aus dem Straßenbild und teilweise aus den Statistiken verschwinden. Der Kiez wird attraktiver für Investitionen und finanziell besser gestellte Bevölkerungsgruppen; die Mieten steigen und zwingen beispielsweise Bezieher\_innen von ALG II aus dem Kiez zu verschwinden. Im Integriertem Handlungs- und Entwicklungskonzept 2011 werden besonders die Bevölkerungs- und Sozialstruktur, aber auch die Punkte Bildungschancen und eventueller Leerstand als „noch vorhandene Schwächen und Defizite“ des Kiezes benannt. Dadurch wird deutlich, dass die Vorbereitung des Kiezes für Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse und die Forcierung dieser Prozesse die eigentliche Aufgabe des QM ist und nicht etwa die Gestaltung eines sozialverträglichen, diskriminierungsfreien und selbstbestimmten (Zusammen)Lebens im Kiez. Um diesen Punkt noch einmal deutlich zu machen, hier ein Ausschnitt aus dem Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzept 2011:

### 3.2. Noch vorhandene Defizite und Schwächen

- In der Schillerpromenade leben derzeit 21 241 Menschen (Stand 30.12.2009). 52 % der Bevölkerung weisen einen Migrationshintergrund auf. [...]
- Über 40 % der Einwohner beziehen Transfereinkommen – sind also Arbeitslosengeld-II-Empfänger bzw. erhalten ergänzende Hilfen zum Lebensunterhalt. [...]
- Durchschnittlich über 75 % der Schüler der fünf im Sozialraum liegenden Schulen kommen aus Familien mit Migrationshintergrund – sind somit Schüler nicht-deutscher Herkunftssprache. [...]
- 18 % der Bewohner sind über 55 Jahre alt. (S. 8 & 9)

Das QM ist bestrebt die Öffentlichkeit und die BewohnerInnen des Schillerkiezes immer wieder davon zu überzeugen, dass sie teilhaben können an einem der 1001 nett-niedrigschwiligen Projekte. Es versucht dabei unmissverständlich klar zu machen, dass es selbst die zentrale Institution sei, oder sein will, in dessen Hand und festem Griff alle Fäden zusammen laufen. Was noch schlimmer ist: es wird suggeriert, dass sich dadurch etwas verändern lässt. Das mag vielleicht für die Verschönerung des Innenhofes gelten, nicht aber für die Strukturen, die Menschen in unserem Kiez immer wieder an den Rand der Gesellschaft und letztendlich wohl aus dem Kiez drängen sollen. Der Kampf gegen Armut, Rassismus, Verdrängung und den Ausverkauf der Stadt ist ein politischer Kampf und ebend kein individuelles Problem. Unsere Ideen, unsere Kommunikation und unsere Projekte müssen nicht vom QM koordiniert und gemanagt werden. Die Präsenz unterschiedlicher, QM-unabhängiger Initiativen und Projekte im Kiez zeigt, dass eine Organisation jenseits dieses Rahmens möglich ist. Diese Möglichkeit sollten wir uns nicht nehmen lassen. ■



## Task Force in Wort und Tat

### Spitzelaufträge nicht erfüllt ... dann kam die fristlose Kündigung.

„Manche Gedankengänge kann ich wirklich nur schwer nachvollziehen“ so die Leiterin des QM-Büros Kerstin Schmiedeknecht im Dezember 2009 zur Kritik von AnwohnerInnen an den Zielsetzungen der TFO „Task Force Okerstraße“. Mehrfach wurde im Kiez mit Aktionen gegen die Bildung einer TFO demonstriert und in den RandNotizen (März 2010) haben wir über die Hintergründe berichtet: Was vom QM als gutgemeintes, soziales Projekt vermarktet wird, entpuppt sich jedoch bei genauerem Hinsehen als ein stigmatisierendes und diskriminierendes Vorgehen, dass konsequenterweise zur Aufwertung des Kiezes und zum Austausch der von BewohnerInnen führen soll. Dabei sollen unterschiedliche Akteure, u.a. die Polizei, das Jugendamt, die Schulen, das QM selbst und, wie es im Strategiekonzept zur Task Force Okerstraße heißt, die engagierten, „ganz normalen und angepasst lebenden Anwohnern“, gemeinsam ein soziales Bespitzelungsnetz um die als Problem empfundenen Menschen spannen.

Dass Frau Schmiedeknecht gar nicht das naive Dummchen ist, die diese Kritik nicht nachvollziehen kann, wurde in den letzten Februartagen deutlich. So waren Arnold Mengelkoch, Migrationsbeauftragter im Bezirk Neukölln und Kerstin Schmiedeknecht, die Hauptakteure, die Spitzelberichte von SozialarbeiterInnen des TFO-Projektes im Kiez verlangten. „Wir wurden mehrfach aufgefordert über die uns betreuten Klienten ausführliche Sozialdaten, die unter Datenschutz fallen, zu übermitteln.“ teilte der Geschäftsführer der Integra e.V. Kazim Yildirim in einer Presseerklärung mit.

Ein Team von sieben MitarbeiterInnen der Integra e.V. wurde im November 2009 mit der Durchführung des Projektes beauftragt und im Dezember 2010 fristlos gekündigt, „da wir der Aufforderung zur Informationsweitergabe nicht nachgekommen sind und diese konsequent abgelehnt haben.“ Der Geschäftsführer und die SozialarbeiterInnen des Vereins berichteten in einem Gespräch mit uns, wie die Bespitzelungsaufträge aussahen: „Die anonymen statistischen Daten, das reichte ihnen nicht. Wir brauchen was Handfestes!“ wurde gesagt und sie wollten wissen, welche Kontakte die Jugendlichen haben, was sie zusammen machen, was für Neigungen sie haben, in welchen „Gangs“ die sind. Das wurde natürlich nicht weitergegeben.“ und Kazim Yildirim ergänzte: „Es sollten auch konkrete Daten zu Bewohnern in der Okerstr. Nr. x und xx zusammengestellt werden. Wer dort wohnt und wieviele. Sie wollten deren

Aufenthaltsstatus wissen usw. Dabei war immer auffällig, wie Mengelkoch über die MigrantInnen redet. Immer nur Defizite.“ Im weiteren Gespräch berichteten sie über ihre Sozialarbeit und welches Selbstverständnis sie hatten: „Von Anfang an haben wir uns geweigert „Task Force“ auf unser Bürofenster zu kleben. „Wir sind doch keine militärische Einrichtung sondern machen integrative Sozialarbeit mit unterschiedlichen sozialpädagogischen Angeboten, von Hausaufgabenbetreuung bis zum Sport. Die Kinder, die Jugendlichen und Eltern vertrauen uns doch. Das können wir doch nicht zerstören. Sie konnten alle gar nicht verstehen, dass das jetzt zu Ende ist. Die Schmiedeknecht sieht nur Objekte, wir sehen die Menschen.“ Deshalb hätten sie trotz Kündigung die Arbeit in den letzten 6 Wochen ehrenamtlich fortgesetzt und auch die Jugendlichen noch einmal zum Mitternachtsboxen eingeladen. Gleichzeitig wurde die Presse zum Gespräch in die Turnhalle der Karl-Weise-Grundschule geladen um über die Kündigungsgründe zu informieren. Doch auch hier zeigte sich der lange Arm von Mengelkoch / Schmiedeknecht. Am Nachmittag hatte das Integra-Büro Besuch von einem Zivilpolizisten, der ihnen mitteilte, das Pressegespräch besser nicht durchzuführen und am Abend waren die Schlösser am Schulhof ausgetauscht. Die Wut der Jugendlichen kommentierte einer der jungen Sozialarbeiter mit den Worten: „Dem QM ist der Jugendbereich doch scheißegal. Wir haben ein Jahr etwas aufgebaut und dann wird da ein Messer durchgezogen.“

Inzwischen geht alles seinen bürgerlichen Gang: Das QM-Management/Schmiedeknecht fühlt sich „diffamiert und verleumdet“ aber „das Auswahlverfahren für den weiteren Ausbau läuft“, die Rechtsanwälte sitzen über den Kündigungsakten, im QM-Beirat wird laut darüber nachgedacht „nach dieser ominösen Aktion des QMs aus Protest zurückzutreten“, die bezirklichen Parteien Grüne/Linke gehen den Weg der „großen Anfrage“ und die Berliner Zeitungen sehen das von Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD)\* importierte „Vorzeigeprojekt im sozialen Brennpunkt angeknackst“...

\*Sarrazinische Partei Deutschland

Den SozialarbeiterInnen, die sich der Auftragsbespitzelung verweigert haben, gilt unser Respekt, mit der Aufforderung an Alle, die im Sozialbereich tätig sind:

**Kein Missbrauch von Vertrauen, keine Weitergabe von Daten! Wir brauchen keine Task-Force und erst recht keine Spitzelbeauftragten! –**

## Stadterneuerung in Berlin

### Von der Immobilienspekulation zum Staatsdirigismus und zurück

Als die bürgerlichen Stadtoberen Rixdorfs um den Bürgermeister Hermann Boddin Anfang des letzten Jahrhunderts das Viertel um die Schillerpromenade planten, wollten sie damit den miesen Ruf ihrer jungen Stadt aufpolieren und deren Steueraufkommen verbessern. Erklärtes Ziel war es, „bessere Leute“ ins Viertel zu locken, was auch immer das heißen mochte. Dazu wurde 1901 ein Bebauungsplan verabschiedet, der viel Grün, eine 50 Meter breite Promenade und deutlich kleinere Häuserblöcke als in anderen Gegenden Rixdorfs vorsah. Private Terraingesellschaften kauften den Rixdorfer Bauern das Land ab, sorgten für die nötige Infrastruktur und verkauften die Grundstücke anschließend gewinnbringend an kleinere Bauherren, die mit den Grundstücken auch fertige Baupläne erwerben mussten. Dadurch sollte die bis dahin übliche wilde Bebauung mit unzähligen Nebengebäuden unterbunden werden. Mithilfe dieser ersten zaghaften Versuche, durch staatlichen Eingriff der wilhelminischen Spekulation Herr zu werden, entstand zwar ein Viertel mit deutlich besseren Wohnbedingungen als sonst in Rixdorf, die Idee, hier einen bürgerlichen Stadtteil zu etablieren scheiterte aber bereits mit dem Erstbezug. Statt der betuchten Schnösel zog es sozial absteigende Handwerker und Künstler aus den Varietés in der Hermannstraße in die Vorderhäuser, während die Hinterhäuser von Arbeiterfamilien besiedelt wurden. Rixdorf war und blieb ein großes Vergnügungsviertel und vor allem ein proletarischer Vorort – und seit 1920 Stadtteil – von Berlin.

Das grandiose Scheitern der hochtrabenden Pläne hatte sicherlich auch damit zu tun, dass sich die verrufenste Ecke der 1912 in Neukölln umbenannten Stadt gleich in unmittelbarer Nachbarschaft befand. Das Rollbergviertel auf der anderen Seite der Hermannstraße direkt neben der Kindl-Brauerei war nach der Eingemeindung eine der ärmsten Gegenden Berlins mit besonders harschen Lebensbedingungen. Die Wohnungen waren dunkel, feucht und hatten keine Klos, geschweige denn Bäder. Hier war aber auch eine der Hochburgen der organisierten Arbeiterbewegung, die sich seit den Sozialistengesetzen vorwiegend in den ortsansässigen Kaschemmen austauschte, wovon es im Barrikadenviertel damals an jeder Ecke eine gab. Diesen Namen trug die Gegend, nachdem hier die Polizei am 1. Mai 1929 die verbotenen Mai-Versammlungen zusammenschoss.

Die Bewohner verhinderten ohnehin regelmäßig Zwangsraäumungen und waren deshalb in der Lage, bei den großen Mietstreiks Anfang der 30er Jahre eine führende Rolle zu übernehmen.

### Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg

Das Viertel überlebte den Krieg relativ unbeschadet, aber in der Wirtschaftswunderzeit zerfielen die Strukturen der proletarischen Selbsthilfe langsam. Wer es sich leisten konnte, verließ die rote Hochburg. Übrig blieben hauptsächlich Alte und in die frei werdenden Wohnungen zogen Studenten und Gastarbeiter. Dieser Prozess beschleunigte sich noch, nachdem das Rollbergviertel 1963 im ersten Stadterneuerungsprogramm zum Sanierungsgebiet erklärt wurde. Stadterneuerung betrachtete man im sozialdemokratischen Westberlin der 60er und 70er Jahre als sozialstaatliche Aufgabe, in die ein großer Teil des Landeshaushalts investiert wurde und die der Senat auch politisch zu dominieren gedachte. Einerseits gestand man allen eine anständige, helle Wohnung mit Bad und Zentralheizung zu, andererseits wollte man ausdrücklich auch die soziale Zusammensetzung der Sanierungsgebiete grundlegend ändern. Deshalb hieß Sanierung bis in die 80er Jahre hinein großflächiger Abriss mit anschließendem Neubau.



Kahlschlag im Rollbergviertel 1972

...

## Sanierung durch Abriss

Den Auftrag, das Rollbergviertel zu sanieren, erhielt die städtische Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land. Sie war im Prinzip für alles, was im Zusammenhang mit der Sanierung zu erledigen war, zuständig. Sie kaufte den vielen Privateigentümern die Grundstücke ab – oft zu über- teuerten Preisen, zur Not konnten die Hausbesitzer aber auch enteignet werden –, sie untersuchte die Sozialstruktur und legte fest, welche Gebäude abzureißen waren. Sie war sowohl zuständig für den Leerzug der Häuser, als auch für die Beratung der Mieter, denen sie meist riet, in die gerade neu entstehende Gropiusstadt am Stadtrand zu ziehen, was die meisten auch taten. Nach neun Jahren Vorbereitung ließ sie 1972 mehr als 170 Häuser mit 4000 Wohnungen abreißen und an deren Stelle baute sie bis 1982 die moderne Siedlung mit etwa der Hälfte der Wohnungen, wie sie heute noch steht – ohne Kneipen, dafür aber mit vielen Sozialprojekten.

Obwohl für den Bau der Häuser vom Senat viel Geld ausgegeben wurde, waren die entstandenen Sozialwohnungen erheblich teurer als die Altbauwohnungen vorher. Es zogen nach der Sanierung deshalb nur sehr wenige der Alteingesessenen zurück ins Rollbergviertel. Die neuen Mieter waren zunächst hauptsächlich deutschstämmige Facharbeiter und Angestellte. Durch eine etwas merkwürdige Kombination aus viel zu hohen Mieten und einkommensabhängiger Sozialbindung zogen aber in der Folgezeit hauptsächlich Menschen ein, deren Miete das Sozialamt bezahlte. Heute ist das Viertel deshalb wieder eine der ärmsten Gegenden der Stadt, in der jede zehnte Wohnung leersteht – und fast genauso verrufen wie vor der Sanierung. Statt durch Barrikadenkämpfe geriet es in den letzten Jahren aber eher wegen kleinerer bewaffneter Scharmützel krimineller Banden in die Schlagzeilen.

## Ende der Kahlschlagssanierung

Das Ende der Kahlschlagssanierung wurde unterdessen andernorts eingeläutet. Im Sanierungsgebiet Klausener Platz am Schloss Charlottenburg kämpfte seit Anfang der 70er Jahre eine Mieterinitiative gegen die Sanierung und forderte den Erhalt der Sozialstruktur, den Verzicht auf Mietsteigerungen von über 30 Prozent sowie eine Miete von höchstens 3 Mark den Quadratmeter, Instandsetzung der Häuser und die Vergabe leerstehender Wohnungen an von der Sanierung Betroffene aus dem Kiez – also etwa das Gegenteil der damaligen Praxis. Ergebnis war zwar nur ein Modellprojekt im Rahmen des Europäischen Denkmaljahres 1975, in dem ein Häuserblock des Viertels samt Hinterhäusern und Seitenflügeln erhalten blieb und die Höchstmietenforderung berücksichtigt wurde. In Fach-

kreisen war dieses Modellvorhaben aber äußerst populär und auch in anderen Ecken der Stadt tauchten in der Folge ähnliche Forderungen auf. In der Bauverwaltung begann deshalb ein vorsichtiges Umdenken. Man veranstaltete einen Ideenwettbewerb mit viel Bürgerbeteiligung und der Einbindung unabhängiger Bürgerinitiativen für die Stadterneuerung im östlichen Kreuzberg und beschloss, 1984 eine „Internationale Bauausstellung“ durchzuführen, die sich dem Umgang mit der vorhandenen Stadt widmen, neue Leitbilder für die Wohnungspolitik sowie neue Wege in den Beziehungen zu den von den Planungen Betroffenen entwickeln sollte.



Mieterversammlung 1979

## Hausbesetzerbewegung und „behutsame Stadterneuerung“

Da Häuser vor ihrem Abriss unbewohnt sein müssen, standen in den Westberliner Sanierungsgebieten viele Häuser leer. Das verknappte einerseits das Angebot an billigem Wohnraum, schuf andererseits aber auch ungeahnte Handlungsmöglichkeiten für die stadtpolitische Opposition. Die ersten Hausbesetzungen organisierte eine bereits in den Ideenwettbewerb eingebundene Bürgerinitiative, die auch eine eigene Sanierungszeitung namens *Südostexpress* herausbrachte, 1979 in Kreuzberg. Schnell entwickelte sich eine große Hausbesetzerbewegung, die den ursprünglichen Anstiftern bald aus der Hand glitt, und nach der Räumung eines besetzten Hauses im Dezember 1980 in Kreuzberg nahm sie bisweilen den Charakter eines allgemeinen Aufstands gegen die westliche Gesellschaft insgesamt an. Auf dem Höhepunkt der Bewegung im Sommer 1981 waren in Westberlin 165 Häuser besetzt, der sozialdemokratisch geführte Senat stürzte und die Halbstadt galt allgemein als unregierbar.

Die Bewegung genoss in weiten Teilen der Bevölkerung große Sympathien, und bei den Abgeordnetenhauswahlen



zog mit dem hiesigen Vorläufer der Grünen, der Alternativen Liste, eine Kraft ins Parlament ein, die sich als Sprachrohr der Bewegung in Szene setzte. Der gleichzeitig an die Macht gelangte CDU-geführte Senat machte sich jedoch sofort daran, dem aus dem Ruder gelaufenen Treiben ein Ende zu setzen, indem er einerseits bis 1984 insgesamt 60 der besetzten Häuser mit großem Aufwand räumen ließ und auch keine Neubesetzungen mehr duldet, während andererseits 105 der Häuser legalisiert wurden und man in der Stadterneuerungspolitik neue Wege beschritt und den moderaten Flügel der Bewegung sowie Mieterinitiativen und stadtpolitische Gruppen einband.

Die „behutsame Stadterneuerung“, wie das neue, auf den Ergebnissen des Ideenwettbewerbes fußende Konzept getauft wurde, war für die Kreuzberger ein großer Erfolg. In den neuen Sanierungsgebieten in SO 36 und am Chamissoplatz wurden die Häuser nicht mehr abgerissen, die Mieter konnten im Viertel bleiben und sogar mitreden, welche Modernisierungen in ihren Wohnungen durchgeführt werden durften und welche nicht. Damit konnten sie auch über den Preis ihrer Wohnung nach der Sanierung mitentscheiden. Allerdings wurde dadurch auch die als gesamtgesellschaftliches soziale Problem auf der Tagesordnung stehende Wohnungsfrage individualisiert und wieder zur Privatsache erklärt.

### Neue Einrichtungen entstehen

Um die neue Sanierungspraxis umzusetzen entstand in den Sanierungsgebieten ein Geflecht verschiedener unabhängiger Institutionen, das die allmächtigen städtischen Wohnungsbaugesellschaften ablöste. Federführend war nun die aus der Internationalen Bauausstellung hervorgegangene privatisierte S. T. E. R. N. GmbH, die als general-zuständige Sanierungsträger wirkte. Hausversammlungen wurden verpflichtend eingeführt, auf denen die Bewohner darüber redeten, was in ihrem Haus gemacht werden sollte. Die unabhängigen Mieterläden und Mieterinitiativen wie der Verein SO 36, die zuvor am Widerstand gegen die Kahlschlagssanierung wesentlich beteiligt waren, übernahmen die neuen eigentümerunabhängigen Mieterberatungen und wurden damit ein mächtiger Teil des Sanierungsapparates. Andere ehemalige Aktivisten tummelten sich in Betroffenenvertretungen oder Stadteilausschüssen, in denen alle anstehenden Entscheidungen wie Baugenehmigungen oder Förderungszusagen öffentlich beraten wurden, deren Beschlüsse aber nicht bindend waren. Alternative Träger wie Stattbau entstanden und verschiedene Selbsthilfeprojekte. Es bildete sich eine Art Betroffenenelite heraus, deren Wirken sich mehr und mehr verselbstständigte und ohnehin nur ein eingeschränktes soziales Milieu repräsentierte. Wer sich heute mit Stadterneuerung beschäftigt, stößt

immer wieder auf Menschen, deren Karriere in dieser Betroffenenelite oder bei der Internationalen Bauausstellung begann.

Anfang der 90er Jahre hätte die „behutsame Stadterneuerung“ eigentlich auf Teile Neuköllns, wie das Viertel um die Schillerpromenade ausgeweitet werden sollen. Ende der 80er Jahre gab es hier auch schon erste Verschnöselungstendenzen und vor allem eine drastische Zunahme von für die Mieter teuren Privatmodernisierungen ohne Subventionen sowie von Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen. Eine gesteuerte öffentlich geförderte Sanierung hätte dem eventuell einen Riegel vorschieben können und die Mieten zumindest etwas deckeln können. 1989 fiel aber die Mauer und fast alle Neubewilligten Gelder für Stadterneuerung flossen in den Osten. In Neukölln kam nur das Sanierungsgebiet Wederstraße zustande, um dort die Stadtautobahn bauen zu können.



Hausbesetzung in Friedrichshain, Mainzer Straße 1990

Mit deutlich weniger Geld als bisher sollten in den 90er Jahren erheblich größere Altbauviertel in Ostberlin saniert werden. Der Anspruch einer sozialverträglichen, an den Bedürfnissen der Bewohner ausgerichteten Sanierung blieb erhalten und auch die Akteure waren die gleichen. Die S.T.E.R.N.GmbH wurde Sanierungsbeauftragte in Prenzlauer Berg und die aus den besetzten Häusern am Heinrichsplatz hervorgegangene Stattbau übernahm das Samariterviertel in Friedrichshain. Die unabhängigen Mieterberatungen, die in Kreuzberg noch aus dem Kiez kamen, übernahmen in Prenzlauer Berg die ehemaligen Kiezaktivisten vom Verein SO 36. Damit hatten sie endgültig die Seiten gewechselt. Es etablierte sich ein Sumpf von privaten Sanierungsträgern und Sozialplanungsgesellschaften, aus dem heute auch die meisten Quartiersmanagements stammen.

...

## Rückzug der Politik

Der soziale Anspruch konnte unter den veränderten Bedingungen nicht eingehalten werden. Hatten in Kreuzberg noch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften die meisten Grundstücke aufgekauft, weshalb das Geschehen dort politisch noch steuerbar blieb, mussten im Osten wegen des Grundsatzes „Rückgabe vor Entschädigung“ die meisten Häuser den Nachfahren der in der DDR enteigneten Eigentümer übergeben werden, die sie meist an Immobiliengesellschaften weiterverhöckerten. Gleichzeitig zog sich das Land Berlin immer mehr aus der öffentlichen Förderung zurück, gab die Initiative an private Träger ab und beschränkte sich fortan auf die Anregung und Steuerung privatwirtschaftlicher Initiative. Das funktioniert natürlich nicht ohne die Berücksichtigung der Eigentümerinteressen, weshalb sich die Möglichkeiten, die Mieten zu begrenzen immer weiter verringerten. Inzwischen wohnen mehr als die Hälfte der ehemaligen Bewohner der Ostberliner Innenstadtbezirke nicht mehr dort.



Squat Tempelhof 20. 6. 2009, Herrfurthstraße/Oderstraße

Viele von ihnen dürften inzwischen in Neukölln wohnen und einiges an Erfahrung und Wissen darüber mitgebracht haben, wie man Vermieter ärgert. Denn die Vertreibungen aus Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain sind nicht völlig widerstandslos von statten gegangen. Modernisierungsankündigungen wurden nicht immer einfach nur hingenommen, sondern mit selbstorganisierten Hausversammlungen beantwortet, auf denen Anwälte auftraten, deren einziges Hobby es ist, möglichst viele Hauseigentümer in den Ruin zu treiben. So konnten Abfindungszahlungen von zum Teil mehreren zehntausend Euro herausgeschlagen oder die Miete niedrig gehalten werden. Nicht wenige Investoren haben sich daran die Zähne ausgebissen.

Unterdessen hat sich das Land fast vollständig aus der

Wohnungsbauförderung zurückgezogen. Die meisten Sanierungsgebiete sind aufgelöst und der Senat bekundet seit Jahren, sich völlig aus der Stadterneuerung verabschieden zu wollen. 1999 ist konsequenterweise die einst so mächtige Senatsbauverwaltung aufgelöst worden. Im selben Jahr wurden die ersten Quartiersmanagements gegründet, die hauptsächlich dafür zuständig sind, das Image der jeweiligen Stadtteile zu verbessern, in der Hoffnung, durch die daraufhin einsetzende Aufwertung komme das Interesse der Investoren von ganz allein. Das könnte klappen, bisher sind allerdings selbst um der Reuterplatz noch keine größeren Sanierungstätigkeiten zu beobachten. Und für eventuelle neue Sanierungsgebiete sind bestenfalls öffentliche Investitionen in die Infrastruktur vorgesehen. Mit den alten Sanierungsgebieten hat das alles nichts mehr zu tun.

## Neue Internationale Bauausstellung geplant

Größere koordinierte Sanierungstätigkeiten drohen aber von einer bereits in Planung befindlichen „Öko-IBA“, wie sie Senatsbaudirektorin Regula Lüscher für das ehemalige Flughafengelände Tempelhof angekündigt hat. Die Grünen, deren ehemalige Fraktionschefin und heutige stadtentwicklungspolitische Sprecherin im Abgeordnetenhaus, Franziska Eichstädt Bohling, als langjährige Geschäftsführerin von Stattbau dem Kreuzberger Sanierungssumpf entstammt, möchten sie gerne auf das benachbarte Viertel um die Schillerpromenade ausdehnen. Das verheißt nichts Gutes. Die Grünen würden damit an ihre Wurzeln in der Stadtentwicklungspolitik zurückkehren. Allerdings mit veränderten Vorzeichen. Der zuverlässigste Gradmesser für die Gentrifizierung eines Viertels ist heute der Anteil der Grünenwähler. Im Wahllokal 08211 in der Karl-Weise-Schule betrug er bei der letzten Bundestagswahl knapp 26 Prozent, im Wahllokal 08216 im benachbarten Rollbergviertel etwas mehr als acht Prozent. Es bleibt also noch Hoffnung, dass der schlechte Ruf des Rollbergviertels auch diesmal den politischen Willen zur Aufwertung überstrahlt. ■

In der nächsten Ausgabe der *RandNotizen* gehen wir näher auf die geplante IBA (Internationale Bauausstellung) ein.

## Wohnungspolitik, Parteien und Wahlkampf

### Und alle vier Jahr tun wir so, als ob wir täten

Im November 2009 diagnostizierte die *Berliner Mietergemeinschaft*, dass der Berliner Wohnungsmarkt „deutliche Zeichen von Anspannung (zeigt) und (...) schon bald den Investoren große Freude und den Mietern große Sorge bereiten (wird)“<sup>1</sup>. In Anbetracht der Tatsache, dass in Berlin 87 Prozent der Menschen zur Miete wohnen, werden die steigenden Mieten und die vermehrte Bildung von Wohneigentum Verdrängungseffekte zur Folge haben. So ist es denn auch kein Wunder, dass die Parteien dieses Thema aufgreifen, schließlich soll am 4. September 2011 in Berlin gewählt werden.

### Politikgeschachere ums Wohnen

Wohnungspolitik hat die Regulierung der Marktmechanismen zum Ziel. Zu diesem Zweck sind unterschiedlichste Instrumente vorhanden. Über den Sozialen Wohnungsbau soll der Bau von Wohnungen gefördert werden. Durch Soziale Wohnraumförderung werden private Investoren und kommunale Wohnungsunternehmen, die preiswerte Mietwohnungen bereitstellen, unterstützt. Das Wohngeld soll einkommensschwächeren Haushalten helfen, angemessenen und familiengerechten Wohnraum bezahlen zu können. Über Eigentumsförderung wird die Wohneigentumsbildung junger, eigenkapitalschwacher Familien gefördert und mit der Bausparförderung unterstützt der Staat die Bildung von Wohneigentum durch die Gewährung von Wohnungsbauprämien und Arbeitnehmer-Sparzulagen. Die Wohnungspolitik hat somit zwei Hauptziele: durch Eingreifen des Staates soll dem Ausbruch sozialer Spannungen vorgebeugt und die Bildung von

Wohneigentum gefördert werden. Mit dem Rückzug des Bundes aus dem Sozialen Wohnungsbau und der damit verbundenen Verringerung der Anzahl der Wohnungen mit niedrigen Mieten hat sich für ärmere Bevölkerungsteile die Situation deutlich verschärft. Wohnungspolitik unter der Schwarz-Gelben Bundesregierung bedeutet vor allem Erhöhung der Wohneigentumsquote<sup>2</sup> und die Senkung des Energieverbrauchs.

### Die Parteien zur Wohnungspolitik

Zwischen den beiden Polen Bildung von Wohneigentum und dem regulierenden Eingreifen des Staates kann der /die StaatsbürgerIn entscheiden. Die FDP als konsequenteste Vertreter des freien Marktes und des Privateigentums spricht sich „grundsätzlich gegen jegliche wohnungspolitischen Interventionen und Reglementierungen“<sup>3</sup> aus. Statt Schutz vor höheren Mieten und Verdrängung betont sie sogar die Notwendigkeit des Mietanstiegs, „um Investitionen der Wohnungsunternehmen in die notwendigen Modernisierungen der Bestände zu ermöglichen.“<sup>4</sup> Die SPD will nach Aussage ihres Wohnungsmarktexperthen Michael Arndt den Sozialen Wohnungsbau wieder beleben und damit die Rolle des Staates auf dem Wohnungsmarkt stärken.<sup>5</sup> Mehr als eine Absichtserklärung ist dies jedoch nicht. Auf Berlin bezogen, sollen laut dem Beschluss des Landesparteitages der SPD vom 26.



Juni 2010 lediglich die bestehenden kommunalen Bestände von 270 000 Wohnungen im Landeseigentum erhalten bleiben, um so regulierend auf den Wohnungsmarkt einwirken zu können. Die Mieten sollen sich am Mietspiegel orientieren<sup>6</sup>, der allerdings gerade in den Innenstadtbezirken durchgehend steigt. Die Grünen wollen laut dem Beschluss ihrer Landesdelegiertenkonferenz vom 5. Juni 2010, dass 15 Prozent der Berliner Wohnungen mittelfristig als landeseigene Wohnungen für eine aktive Wohnungspolitik genutzt werden sollen, dies entspricht einen Umfang von 285 000 Wohnungen<sup>7</sup>. Die selbsternannten Verteidiger einer solidarischen Stadt behaupten, den Verdrängungsprozessen nicht tatenlos zusehen zu wollen<sup>8</sup>, schlagen jedoch ebenso wie die SPD für die Miethöhe der Wohnungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften eine Orientierung am Mietspiegel vor.<sup>9</sup> Grüne und SPD sind sich nicht nur relativ nah bei der Betonung der Notwendigkeit eines kommunalen Wohnungsbestandes, auch bei der Förderung anderer Wohneigentumsformen können sie durchaus auf Gemeinsamkeiten verweisen. So sollen neben dem staatlichen und kommunalen Wohneigentum auch Genossenschaften und Baugruppen unterstützt werden. Die Linke spricht sich gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums und damit auch gegen den Verkauf des kommunalen Wohnungsbestandes aus.<sup>10</sup> Gegen steigende Mieten hat diese Partei jedoch nichts einzuwenden, wenn diese mit einer „nachhaltigen Standardverbesserung“ verbunden sind.<sup>11</sup> Die Partei des demokratischen Sozialismus will aber, dass die Mietbelastung nicht 25 Prozent des Einkommens übersteigt.<sup>12</sup> Als Regierungspartei ist die Linke im Übrigen durchaus Anhänger der Privatisierung von städtischen Wohnungsgesellschaften, so verkaufte das Land Berlin 2004 die „Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft“ (GSW) an eine internationale Investorengruppe. Auch die Förderung von Baugruppen, die von Kritikern als Gentrification-Garantie angesehen werden, ist für die Linke in der Regierungsverantwortung durchaus unterstützungswürdig. So betont die Haushaltspolitische Sprecherin der Linken Jutta Matuschek: „Wir müssen nicht nur Baugruppen fördern, wir wollen sie fördern“<sup>13</sup>.

Die steigenden Mieten werden von der CDU bis zur Linken durchaus als Problem angesehen. Die FDP tritt für die unregulierte Wirkung der marktwirtschaftlichen Gesetze ein und sieht die Wohnungsnot erst als beseitigt an, wenn die Ware Wohnung endlich ihren gerechten Preis hat.<sup>14</sup> Während die CDU in Berlin den Senat dazu auffordert, einen weiteren Anstieg der Wasserpreise zu verhindern, um so finanzielle Spielräume für VermieterInnen und MieterInnen für energetische Sanierungen zu schaffen,<sup>15</sup> will die SPD soziale Energietarife für den Stromverbrauch durchsetzen. Laut *Tagesspiegel* vom 26. Juni 2010 strebt die Berliner SPD an, dass die ersten 500 Kilowattstunden für alle privaten Haushalte zum halben Preis geliefert werden und die weiteren Kilowattstunden dann entsprechend teurer sind.<sup>16</sup> Grüne und Linke kritisieren die gesetzliche Möglichkeit die Miete alle 3 Jahre um 20 Prozent erhöhen zu können. Während letztere diese gesetzlich legitimierte Aussicht auf höhere Mieteinnahmen stoppen wollen<sup>17</sup>, sprechen sich die Grünen jedoch lediglich für eine Absenkung der 20 Prozentregelung aus, die allerdings unkonkret bleibt.<sup>18</sup>

### Ökologie als sozialer Angriff

Modernisierung und energetische Sanierung werden von allen Parteien als notwendig betrachtet.

Nach den Plänen der Bundesregierung soll zu diesem Zweck das Mietrecht geändert werden, um die Kosten vor allem auf die MieterInnen umzulegen. Nicht nur der Mieterbund warnt vor steigenden Mieten, die in diesem Zusammenhang drohen. Der „Eigentümerverband Haus & Grund“ geht von einer Verdreifachung der Kaltmiete pro Quadratmeter aus, wenn der Ausstoß von Treibhausgasen in Gebäuden auf Null abgesenkt werden würde.<sup>19</sup> Die FDP tritt offen für steigende Mieten ein, damit die Wohnungswirtschaft langfristig in den Klimaschutz investieren kann.<sup>20</sup> Wie ärmere MieterInnen dies finanzieren sollen, ist für diese Partei kein Thema. Ebenso unklar ist, wie die FDP dafür sorgen will, dass die steigenden Mieteinnahmen tatsäch-



lich für den Klimaschutz verwendet werden. Die Grünen sehen die Finanzierung der energetischen Sanierung als eine gemeinschaftliche Aufgabe von EigentümerInnen, MieterInnen und Staat an.<sup>21</sup> Als Anreiz für EigentümerInnen wollen sie die 11 Prozent Modernisierungumlage durch eine „wesentlich geringere Klimaschutzzulage“ ersetzen.<sup>22</sup> So treten auch die Grünen in aller Konsequenz für Mieterhöhungen ein, wenn diese dem Klimaschutz dienen. Dass dies Verdrängungsprozesse von Ärmeren zur Folge haben wird, ist zu erwarten. Die von der Linken eingeforderte öffentliche Förderung der energetischen Sanierung kann auch für diese Partei mit steigenden Mieten verbunden sein, schließlich lautet ihr Kampfgruß: „Keine Mieterhöhung ohne nachhaltige Standardverbesserung“.<sup>23</sup> Umgekehrt heißt dies wohl, wenn Standardverbesserungen stattfinden, sind Mieterhöhungen zu akzeptieren. Als Fazit bleibt nur anzumerken, dass die energetische Sanierung so vernünftig sie ist, ein weiterer Aspekt einer Umverteilung von Unten nach Oben sein wird. Die proletarisierten MieterInnen sollen mit ihrem immer kargerem realen Lohn für die höheren Gewinne der Bauwirtschaft und die steigenden Einnahmen der VermieterInnen aufkommen.

### Die Wahl als Ordnungsfaktor

Die im September anstehende Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus wird sich insbesondere beim Thema Mieten als Ordnungsfaktor erweisen. Der Unmut über steigende Mieten bei gleichzeitiger relativer Verarmung größerer Bevölkerungsschichten, wie Arbeitslosen, Niedriglohnbeschäftigten, Alleinerziehenden u. a. soll institutionell eingefangen werden. Statt selbstbewusst auf die Straße zu gehen oder gegen die Verschlechterungen zu streiken, orientiert sich der/die Staatsbürger auf die Parteien, die den Unmut institutionell reduzieren. Ziel des Wahlkampfes auch bei dem Themenbereich Wohnungspolitik ist es, den Schein der Teilhabe aufrechtzuerhalten, indem verschiedene Möglichkeiten vorgestellt werden, die jedoch bei genauerem Hinschauen entweder eine Verschlechterung für einen großen Teil der Bevölkerung oder reine Kosmetik sind. Eigentliches Ziel ist die Veränderung der Einstellung zu den Mieten und die Zustimmung zur vorherrschenden Gesellschaftsordnung. Der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit hat dies am 14. 8. 2010 in einem Interview mit der Berliner Zeitung folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Je stärker die Stadt wirtschaftlich wird, desto stärker wird das Mietniveau steigen. Das akzeptiert der normale Berliner nicht und auch nicht der zugereiste Berliner, der schon eine Weile da ist. Das wird ein Riesensproblem.“ Den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Verwertung und steigenden Mieten wird vom Regierenden folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Wenn wir im Sozialismus leben würden, könnte ich die Mieten dik-

tieren, das wäre sicher einfacher. Aber wir leben in einem anderen Gesellschaftssystem.“<sup>24</sup> Die propagandistische Gleichsetzung von Sozialismus und autoritärer Entscheidungsfindung durch eine Person soll noch einmal verdeutlichen, dass steigende Mieten zu akzeptieren sind. Denn wer sich dagegen wehrt, ist automatisch AnhängerIn eines diktatorischen Sozialismus. Dass die steigenden Mieten etwas mit diesem Gesellschaftssystem zu tun haben, sollte auch von den Wütenden thematisiert werden. In diesem Zusammenhang sei die Frage erlaubt, ob nicht gleich die Aufhebung der Kapitalverwertung und der Klassengesellschaft anzustreben sei, um sich in diesem Prozess auch die Wohnungen kollektiv anzueignen und damit auch die Miete auf den Misthaufen der Geschichte zu befördern? Doch dazu an anderer Stelle mehr. ■

### Nachzulesen:

- 1 *MieterEcho* 337, November 2009, S. 4
- 2 Vgl. Koalitionsvertrag Schwarz Gelbe Bundesregierung, S. 38
- 3 Albert Weingart FDP im Abgeordnetenhaus, zitiert nach *MieterEcho* 337, S. 9
- 4 gleiche Quelle wie 3.
- 5 Vgl. Opposition ist Mist, *Motz* Ausgabe 2/10 (12. 1. 2010), S. 4
- 6 Vgl. Ulrich Zawatka-Gerlach, SPD: Strom zum halben Preis (*Tagesspiegel* 26. 6. 2010)
- 7 Vgl. Die Grünen Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz 5. Juni 2010, S. 8
- 8 gleiche Quelle wie 7., S. 1
- 9 gleiche Quelle wie 7., S. 9
- 10 Vgl. [http://die-linke.de/politik/themen/themen\\_az/io/mieten/](http://die-linke.de/politik/themen/themen_az/io/mieten/)
- 11 gleiche Quelle wie 10.,
- 12 gleiche Quelle wie 10.,
- 13 Zitiert nach: Opposition ist Mist, *Motz* Ausgabe 2/10 (12. 1. 2010), S. 5
- 14 Vgl. *MieterEcho* 337, S. 9
- 15 Vgl. Dr. Manuel Heide und René Stadtkewitz (CDU) im *MieterEcho* 337 (November 2009), S. 5
- 16 Vgl. Ulrich Zawatka-Gerlach, SPD: Strom zum halben Preis (*Tagesspiegel* 26. 6. 2010)
- 17 Vgl. [http://die-linke.de/politik/themen/themen\\_az/io/mieten/](http://die-linke.de/politik/themen/themen_az/io/mieten/)
- 18 Vgl. Die Grünen Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz 5. Juni 2010, S. 4
- 19 Vgl. Thomas Rogalla/Markus Sievers, Energiesparen lässt Mieten explodieren (*Berliner Zeitung*, 30. 9. 2010, S. 1)
- 20 Vgl. Albert Weingart FDP im Abgeordnetenhaus, zitiert nach *MieterEcho* 337, S. 9
- 21 Vgl. Die Grünen Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz 5. Juni 2010, S. 6
- 22 Vgl. gleiche Quelle wie 21., S. 4
- 23 Vgl. [http://die-linke.de/politik/themen/themen\\_az/io/mieten/](http://die-linke.de/politik/themen/themen_az/io/mieten/)
- 24 Was heißt hier schiefgegangen! Interview mit Klaus Wowereit, *Berliner Zeitung* 14. 8. 2010

## Kurz & Knackig

### Der nackte Wahnsinn vor der Haustür

#### Keine Atempause

Die neue Ausgabe der Broschüre „Wir bleiben Alle – steigende Mieten stoppen!“ mit Informationen und Tipps zu Mieterkämpfen ist im Januar 2011 erschienen. Sie ist von verschiedenen Gruppen herausgegeben worden und ist unter anderem im Info- und Stadtteilladen Lunte in der Weisestraße 53 zu erhalten. ─

#### Von Nachbarn für Nachbarn!

Auch dieses Jahr soll wieder ein unabhängiges und selbstorganisiertes Straßenfest stattfinden. Der bisher geplante Termin ist Samstag, der 13. August 2011. Die Vorbereitungstreffen finden in der Bar „Lange Nacht“ in der Weisestraße 8 statt. Die Termine hierfür sind Montag der 14. März und Montag der 11. April, jeweils um 20 Uhr. Wir würden uns freuen, wenn sich noch mehr Anwohner an den Vorbereitungen beteiligen möchten. ─

#### Der Neukölln-Hype auf internationaler Ebene

Nicht nur in Berlin wird Neukölln, speziell der Reuterkiez und zunehmend auch der Schillerkiez, weiter als der neue Szene-Kiez hochgejubelt. Auch in internationalen Medien werden bestimmte Bereiche des Bezirks angepriesen.

Die *New York Times* veröffentlichte am 24. Oktober 2010 in ihrem Reiseteil einen Fotobericht ([www.nytimes.com/slideshow/2010/10/24/travel/20101024-surfacing-berlin.html](http://www.nytimes.com/slideshow/2010/10/24/travel/20101024-surfacing-berlin.html)) mit dem Titel „In Berlin, a Creative Wave“. Er beschäftigt sich schon nicht mehr mit dem Reuterkiez, sondern hat bereits den Richardkiez im Visier und schreibt: „Berlin’s gritty, working-class Neukölln district, settled nearly 300 years ago by (actual) Bohemians fleeing religious

persecution, is once again a destination for (modern) bohemians – this time, thanks to artists fleeing rent hikes elsewhere in the city.“

Das englische Lifestyle-Magazin *Monocle* beschreibt in der November-Ausgabe 2010 die Aussichten für Immobilien-Fans unter der Überschrift „Property Prospectus: Neukölln – Berlin“: „Northern Neukölln now attracts international creative types who are looking for local colour, generous space and cultural diversity.“

Der Titelstory der *Zitty* 26/2010 ([www.zitty.de/wie-viele-kreative-vertragt-die-stadt.html](http://www.zitty.de/wie-viele-kreative-vertragt-die-stadt.html)) „Wie viele Kreative verträgt die Stadt?“ können wir entnehmen:

„Welches Marktpotenzial das symbolische Kapital der Kreativität mit sich bringen kann, zeigt die aktuelle Ausgabe von der englischen Zeitschrift *Monocle*: In dem Artikel „Berlins new creative district“ geht es um Neukölln. Künstler, Fotografen und Journalisten werden vorgestellt, ein paar Cafés empfohlen. So weit, so cool. Am Ende stehen die Quadratmeterpreise im Bezirk, die viel billiger seien als in Mitte. Und der Tipp eines Maklers: Führen Deutschsprachige die Kaufverhandlungen, sinken die Preise. Mit der Nachfrage auf dem Immobilienmarkt steigt auch die Drastik der Unmutsäußerungen derjenigen, die sich davon bedroht fühlen.“ ─

#### Hier geht’s rund

Mieten in **Weisestraße 10** im Februar 2011 bei 6,40 Euro pro m<sup>2</sup>, im Mai 2010 wurden noch 8 bis 9 Euro verlangt. Die teuren Wohnungen in der **Schillerpromenade 2** für 8,50 Euro werden weiter angeboten. In der **Schillerpromenade 26** soll im Januar eine Wohnung für 9,86 Euro vermietet werden.

Die umgebauten **Garagen** mit 65 m<sup>2</sup> Fläche **am Herrfurthplatz** werden als Atelier/Praxis/Büro oder Galerie-

wohnung im November 2010 für 590 Euro und im Januar 2011 für 410 Euro angeboten.

Die Fabriketagen in der **Lichtenrader Straße 32**, die Mitte letzten Jahres als Lofts zu einem Quadratmeterpreis von 900 Euro angeboten wurden, sollen jetzt im Januar 2011 für 1800 Euro pro m<sup>2</sup> verhöbert werden.

In Zeitungsartikeln vom Ende Januar werden Ergebnisse des Instituts „F + B“ von Erhebungen der Mietpreise in den letzten drei Jahren vorgestellt. Sie zeigen eine durchschnittliche Steigerung von 12 % seit 2007, vor allem durch Neuvermietungen. Die Ergebnisse spiegeln auch eine sehr unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Stadtteilen wieder, vor allem innerhalb des S-Bahnringes gehen die Mieten kräftig nach oben. Diese Daten bilden auch die Grundlage für den neuen Mietspiegel, der im Mai 2011 veröffentlicht wird. Dabei liegen einzelne Bereiche von Neukölln noch über dem Durchschnitt. Die Mieten im Richardkiez stiegen um mehr als 20 %, im Schillerkiez und im Reuterkiez sind es zwischen 15–20 %. ─

### Kennst du deinen Vermieter?

Am 2. 12. 2010 fand in der Mensa der Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli eine Veranstaltung zum Thema „Eigentümerengagement in Berlin-Neukölln. Die Rolle von Eigentümern für die Quartiersentwicklung“ statt. Der Einladung war folgendes zu entnehmen:

„Allein in den letzten fünf Jahren haben ca. 550 Häuser in Neukölln nördlich der S-Bahntrasse ihren Besitzer gewechselt; durch die zunehmende wirtschaftliche Belastung müssen viele der lokal engagierten Eigentümer aufgeben. Dieser Wandel der Neuköllner Eigentümerstruktur zugunsten großer regionaler und internationaler Investoren schlägt sich klar in der Vermietungspraxis nieder, wie das Planungsbüro für kooperative Stadtentwicklung im Rahmen des Gewerbeleerstandsmanagements in unterschiedlichen Neuköllner Quartieren feststellen konnte.“ ─

### Verdrängung in Neukölln

Auszug aus einem Artikel von *Welt Online* vom 21. 1. 2011 ist der Überschrift „Von Absteigern und Aufsteigern“ über den neuen Bericht zum Monitoring Soziale Stadt in Berlin: „insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit in den Straßenzügen an der Hasenheide ist gesunken, der Anteil der Langzeitarbeitslosen geht zurück. Ein Trend, den Monika Freis bestätigen kann. Die Leiterin der Integrations-Kita an der Hasenheide spricht von einer „schlagartigen Veränderung“. Seit der Schließung des Flughafens Tempelhof habe es eine massive Wanderungsbewegung gegeben. „Ich

habe den Eindruck, dass viel mehr gut situierte Bürgerfamilien und junge Studenten nach Nord-Neukölln ziehen, genau wie Familien aus Westeuropa“, sagt die 52-Jährige. Dies erklärt sie sich vor allem durch die vielen billigen und attraktiven Wohnungen im Kiez. Das typische Publikum sei hingegen verdrängt worden. Vor fünf Jahren habe der Anteil an Kindern mit nichtdeutscher Herkunftssprache in der Kita bei 90 Prozent gelegen. „Derzeit haben von 180 Kindern 103 Kinder Eltern mit Migrationshintergrund.“ ─

### Ach so?

Die SPD hat auf ihrem Landesparteitag 2010 einen Beschluss verabschiedet:

Die vorgesehene Bebauung westlich des Schillerkies bietet die Chance einer sozialen Stabilisierung der Neuköllner Wohngebiete. Der neu geschaffene Wohnraum soll für breite Schichten der Bevölkerung bezahlbar sein, insbesondere aber sozialstabilisierende Bevölkerungsteile ansprechen und auch genossenschaftliche Wohnformen oder günstiges Wohneigentum für breitere Bevölkerungsschichten beinhalten.“

Zitat von Hildebrandt (für die SPD-Neukölln im Abgeordnetenhaus) am 2. 12. 2010 auf einer Veranstaltung zu Eigentümerengagement in Neukölln:

**„Wenn wir Durchmischung wollen, müssen eben Leute wegziehen.“** ─

### Es geht voran

Nach dem wir im Oktober drei gemeinsame Kiezspaziergänge mit 2 weiteren Stadtteilgruppen gemacht haben und diese uns auch wieder sehr viel Spaß gemacht haben, trotz teilweise schlechtem Wetters, planen wir auch wieder fürs neue Jahr einige nette Spaziergänge. Wir hoffen, dass diese auch wieder genauso gut besucht sind wie unsere letzten Spaziergänge. Damit die Spaziergänge wieder ungestört und ohne Begleitung der aufmerksamen Berliner Polizei stattfinden können werden wir uns sicher etwas einfallen lassen. Berichte zu den drei Spaziergängen gibt es im *Mieterecho* vom Dezember 2010. ─

### Solidaritätsdemo für Liebigstraße 14

Am 2. Februar, dem Tag der Räumung des Hausprojektes Liebigstr. 14, zeigten auch in Neukölln mehr als 500 Menschen ihre Solidarität mit einem kurzem, aber lautstarken Umzug durch die Straßen Neuköllns. ─

## [ ERWERBSLOSEN TREFF ]

Jeden Mittwoch 12 bis 15 Uhr  
im Stadtteil- & Infoladen Lunte,  
Weisestraße 53 (U-Bhf. Boddinstraße)  
Telefonnr.: 622 32 34

Wir, Erwerbslose in Neukölln, treffen uns jeden Mittwoch zum gemeinsamen Kaffee und Essen und tauschen Erfahrungen und Infos aus.

Wir erteilen Auskünfte, wo Beratungsstellen in Berlin zu finden sind, und können über politische Aktivitäten zu den Tehmen Hartz IV informieren.

Infos zu rechtlichen Problemen:  
[www.hartzkampagne.de](http://www.hartzkampagne.de)  
[www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de)



## Demnächst in & aus deinem Stadtteil

### 15. März

#### Filmreihe: Stadtentwicklung

Auftaktveranstaltung in der Lunte (Weisestraße 53),  
bis Mitte April, jeden Dienstag um 20:30 Uhr

### 21. März

#### Veranstaltungsreihe des Erwerbslosentreffs

in der Lunte (Weisestraße 53),  
immer am dritten Montag im Monat, 19:00 Uhr

### 13. August

#### Straßenfest Weisestraße (juhu!!!)

Das regelmäßige Vorbereitungstreffen  
findet in der Bar „Lange Nacht“ statt (Weisestraße 8)

immer am zweiten Montag im Monat, 20:00 Uhr  
(das nächste Treffen ist am 14. März)



## **Dear students, artists & travelers**

Neukölln is one of the poorest working-class districts in Berlin. Cheap rents and ample space make it attractive for local and international artists and students. Through this process, Neukölln is gradually emerging as the trendy new district in Berlin with fancy bars, hip restaurants, and art galleries opening on every corner.

This disturbs the social and economic life of our neighborhood. Some landlords and real state investors are taking advantage of this situation and raising the rental prices as much as they can. As most of the newcomers have no idea of appropriate rents in Neukölln, they pay much higher than current market rates. As these prices are still cheap compared to the rental prices in their hometowns or even in other districts of Berlin, everything seems to be fine, but, not for all. What seems to be cheap for some becomes too expensive for others. Slowly but surely, the poorest and most vulnerable people are forced to leave behind the life that they have built in our district: their friendships, their places, their communities, their memories. They are pushed out and replaced by people who are able and willing to pay higher rents.

At the same time, new mechanisms of control and surveillance like cameras and private security are used to dress up the area by banning marginalized people and behaviors. Politically, terms like integration, creativity, progress etc. do serve as a cover for one goal: to get rich people to move to this district.

This process, called gentrification, is supported by politicians and public institutions! It only serves to benefit already powerful landlords, banks and brokers while taking more of your money.

**It should not be this way and it does not have to be this way!**

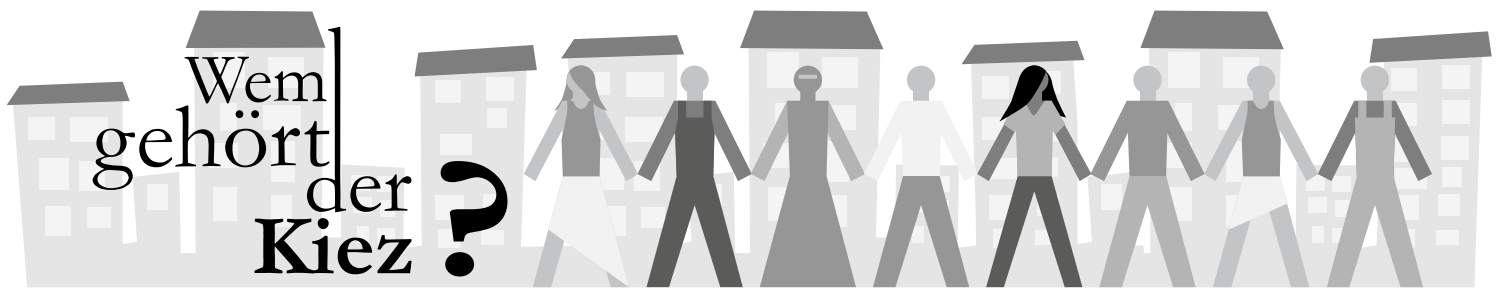
Talk to your neighbors. Inform yourselves and others about your legal rights. Join a tenants association or tenants rights political group. Whatever you do, don't pay too much rent! ■

### **further Informations**

BerlinerMieterGemeinschaft: <http://www.bmgev.de/>

### **Contact**

AntiGen Neukölln: [anti-gen@gmx.de](mailto:anti-gen@gmx.de)



Bereits vor der Schließung des Flughafens Tempelhof waren Immobilienhändler\_innen und Investor\_innen im Gebiet der sog. Quartiersmanagements (QM) Schillerpromenade und Körnerkiez unterwegs, um Häuser und Wohnanlagen zu erwerben. Die bisher von Einzeleigentümer\_innen geprägte Hausbesitzer\_innenstruktur ist seitdem in einem für alle Anwohner\_innen folgenreichen Wandel begriffen, denn die neuen Eigentümer\_innen wollen mehr Profit mit ihren Wohnungen erzielen. Vielfach werden Mietwohnungen nach beendeter Modernisierung über horrenden Mietpreissteigerungen in lukrative Eigentumswohnungen umgewandelt. Zahlungskräftigere Mieter\_innen sind für diesen Zweck im Kiez sehr erwünscht. Gleichzeitig droht denjenigen Nachbar\_innen die Verdrängung, die diese Mieten nicht mehr zahlen können oder wollen. Wir entwarfen einen Fragebogen, um diese drastische, stadtpolitisch scheinbar gewollte Entwicklung in unserem Kiez genau zu erfassen. Darauf aufbauend können wir gemeinsam – im Sinne eines dichten Bewohner\_innen-Netzwerks – aktiv auf die Veränderungen reagieren. Der Fragebogen soll dabei helfen, Besitzerstruktur sowie Kostensteigerungen so konkret wie möglich nachzuzeichnen. Wir wollen in entschlossenen Aktionen pointierte Kritik üben, die diese Prozesse sichtbar werden lassen und wirksame Handlungsstrategien entwickeln, die dem marktradikalen Ausverkauf im Kiez Widerstand sowie Ideen eines gerechten Miteinanders entgegensetzen. Beteiligt euch, denn unser Kiez geht uns alle an!

Bei Rückfragen und Interesse an unserer Initiative, kontaktiert uns bitte unter: [anti-gen@gmx.de](mailto:anti-gen@gmx.de)

**Der ausgefüllte Fragebogen kann hier abgegeben werden:** Stadteilladen Lunte (Weisestr. 53) oder Briefkasten der Ladenecke Weisestr. 7

### Angaben zum Grundstück/Haus

Anschrift des Hauses (Straße, Hausnummer)

Geplante Aktivitäten (Instandsetzung/Modernisierung... siehe Glossar)

Wie lange lebst du bereits dort bzw. in diesem Kiez?

### Angaben zur eigenen Wohnung

Bitte kreuze Zutreffendes an:

Wohnungsgröße/m<sup>2</sup>.

- 20-40   
  41-70   
  71-100   
  101-130   
  131-160   
  161-200

- WG  
 Wohnungsmieter\_in  
 Wohnungseigentümer\_in

Bruttokaltmiete /€ (Kalt-/Nettomiete zzgl. kalter Betriebskosten)

- 100-200   
  201-300   
  301-400   
  401-500   
  501-600  
 601-700   
  701-800   
  801-900   
  über 1000€

Mietpreiserhöhung?

- Nein   
  Ja, um  €

Anhebung der Betriebskosten ?

- Nein   
  Ja, um  €

### Was für eine Art von Eigentümer hat das Grundstück/Haus?

- privater Einzeleigentümer\_in  
 Investmentfonds/Großeigentümer\_in  
 Eigentümergemeinschaft  
 Wohnungsbaugenossenschaft  
 Wohnungsbaugesellschaft (städt.)  
 Bezirk/Land Berlin  
 unbekannt

Eigentümer\_in des Grundstücks / Hauses   
(aus Datenschutzgründen nicht angeben für Eigentümergemeinschaft bzw. Privatpersonen)

### Hausverwaltung erfolgt durch:

- Eigentümer\_in  
 unbekannt

nachfolgend angeben

### Weitere Informationen

Bitte markiert und ergänzt Zutreffendes:

- Häufiger Eigentümerwechsel. Letzter Wechsel  (Jahr)  
 Häufiger Wechsel der Hausverwaltung. Letzter Wechsel  (Jahr)  
 Haus wird zwangsverwaltet  
 Haus soll verkauft werden  
 Es gibt Gewerberäume     Gewerberäume stehen leer  
 Im Haus stehen Wohnungen leer



**Nicht länger , selber **

## **Quartiersmanagement Schillerpromenade und Task Force Okerstraße**

Umfassende Zusammenstellung von Texten und Artikeln

[www.tfa.blogsport.de/materialien/](http://www.tfa.blogsport.de/materialien/)

## **Gentrification Blog**

Nachrichten zur Stärkung von Stadtteilmobilisierungen und Mieter/innenkämpfen

[www.gentrificationblog.wordpress.com/](http://www.gentrificationblog.wordpress.com/)

## **Stadtpolitik für die Mittelklasse**

eine Zusammenfassung von Beiträgen und Links

[www.gentrificationblog.wordpress.com/2010/02/09/berlin-stadtpolitik-fur-die-mittelklasse/](http://www.gentrificationblog.wordpress.com/2010/02/09/berlin-stadtpolitik-fur-die-mittelklasse/)

## **Karla Pappel**

Initiative gegen Mietpreiserhöhungen und Verdrängung in Alt-Treptow

[www.karlapappel.wordpress.com/](http://www.karlapappel.wordpress.com/)

## **Berliner Mietergemeinschaft**

[www.bmgev.de/](http://www.bmgev.de/)

## **Kampagne „Steigende Mieten Stoppen“**

[www.mietenstopp.blogsport.de/](http://www.mietenstopp.blogsport.de/)

## **Kampagne gegen Hartz4**

[www.hartzkampagne.de/](http://www.hartzkampagne.de/)

## **Kampagne „Wir bleiben Alle“**

[www.wba.blogsport.de/](http://www.wba.blogsport.de/)

## **Rixdorfer Kiezforum**

[www.rixdorf.org/](http://www.rixdorf.org/)

## **Kampagne „Kein Ort für Nazis“ – Neukölln gegen Nazis**

[www.neukoelln-gegen-nazis.de/](http://www.neukoelln-gegen-nazis.de/)

## **Das gemeine Wesen – Magazin aus Nord-Neukölln**

[www.das-gemeine-wesen.blog.de/](http://www.das-gemeine-wesen.blog.de/)

## **Info- und Stadteilladen Lunte**

Weisestraße 53, U-Bhf: Boddinstraße

[www.dielunte.de/](http://www.dielunte.de/)

## **Sammlung von Adressen in Neukölln**

[www.om44.de/index.php?title=Neukoelln/](http://www.om44.de/index.php?title=Neukoelln/)

## **Keiner muss allein zum Amt**

solidarische Begleitung zum Jobcenter

[www.zahntagberlin.blogsport.de/](http://www.zahntagberlin.blogsport.de/)

# RandNotizen

Stadtteilzeitung aus dem Schillerkiez

Quartiersmanagement  
Task Force  
Stadterneuerung Neuhölln  
Integration  
Sanierungsgebiet  
Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft  
Zwangswürdige  
Repressionen  
Mietstigmierung  
Gentrifizierung  
Gesellschaft



Nicht gefördert durch:

